

POLITISCHE STUDIEN 480

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

69. Jahrgang | Juli-August 2018 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

BAYERNS ZUKUNFT IM BLICK

Mit Beiträgen von
Christine Borst | Daniela Neri-Ultsch | Markus Söder



/// ANDREAS BACHMANN im Zeitgespräch: Mit gutem Journalismus gegen Politikverdrossenheit

/// SILKE FRANKE Flächendruck in Bayern ist nicht ausweglos

/// BERNHARD SELIGER Gipfeldiplomatie in Korea

www.hss.de



Keine Regierung ist alternativlos, die Lösung der Jahrhundertfrage **ZUWANDERUNG** ist es allemal.

ASYLWENDE – ALTERNATIVLOSE ANSTRENGUNG

Nach langen und intensiven Debatten innerhalb der Union und zwischen europäischen Regierungen konnte sich die Bundesregierung im Juli 2018 auf die Grundzüge einer gemeinsamen Asylpolitik einigen. Dabei ging es vorrangig um einen kleinen Kreis betroffener Flüchtlinge, aber insgesamt um ein größeres Konzept: Der vom Innenminister Horst Seehofer vorgelegte Masterplan Migration enthielt ein Bündel von Maßnahmen „zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“. Offenbar bedurfte es des Drucks des bayerischen Regierungspartners CSU, um dieses Gesamtkonzept in diesem Umfang festzuschreiben. Dessen Aussagen sind deutlich: „Erfolgreiche Integration kann nur gelingen mit einer Begrenzung von Zuwanderung“. ... „Menschen ohne Bleiberecht müssen unser Land verlassen. Einer Pflicht zur Ausreise muss eine tatsächliche Ausreise folgen.“ Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme dürfe es nicht geben. Und schließlich: „Die konsequente Durchsetzung des Rechts sichert das Vertrauen in den Rechtsstaat“ (S. 2).

Der Bürger erwartet, dass an diesen Fragen weitergearbeitet wird und unterstützt mehrheitlich diese Vorschläge. In einem BayernTrend Extra vom 4. Juli 2018 befürworteten 64 % die vereinbarten Transitzentren; 72 % waren mit der Flüchtlingspolitik Horst Seehofers zufrieden oder sehr zufrieden. Den Bürgern ist aber auch klar, dass die Arbeit weitergehen muss. Laut Politbarometer Extra vom 3. Juli 2018 erwarteten 26 %, dass durch die zwischen CDU und CSU vereinbarte Lösung weniger Asylbewerber kommen werden, 68 % verneinten dies. Keine Regierung ist alternativlos, die Lösung der Jahrhundertfrage Zuwanderung ist es allemal.

Dr. Gerhard Hirscher
ist Referent für Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung,
Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.



09

INHALT



26



15



20

IM FOKUS

06 BAYERNS ZUKUNFT IM BLICK

Einführung
VERENA HAUSNER

15 POLITIK FÜR BAYERNS ZUKUNFT

Weltoffen mit festen Wurzeln
MARKUS SÖDER

20 WOHNRAUMKONZEPTE FÜR DIE ZUKUNFT

Suche dringend Wohnung in München oder Umland ...
CHRISTINE BORST

26 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Eine Stimme haben
DANIELA NERI-ULTSCH

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

09 MIT GUTEM JOURNALISMUS ERFOLGREICH GEGEN POLITIKVERDROSSENHEIT

... und in Kürze die ersten Hochrechnungen
ANDREAS BACHMANN

ANALYSEN

37 FLÄCHENDRUCK IN BAYERN AUSWEGLOS? – MITNICHTEN!

Platz da: Drei Konzepte zur Reduzierung des Flächenverbrauchs
SILKE FRANKE

47 GIPFELDIPLOMATIE IN KOREA

Korea entspannt sich
BERNHARD SELIGER

AKTUELLES BUCH

60 WER WAR NELSON MANDELA?
„Ich bin bereit zu sterben“
MANFRED GROSS

RUBRIKEN

03 EDITORIAL
63 REZENSIONEN
68 ANKÜNDIGUNGEN
70 IMPRESSUM

/// Einführung

BAYERNS ZUKUNFT IM BLICK

VERENA HAUSNER /// Am 14. Oktober 2018 sind alle Bürger in Bayern zur Landtagswahl aufgerufen. Sie treffen eine wichtige Entscheidung für den Freistaat und bestimmen so über seine Zukunft mit. In dieser Ausgabe der Politischen Studien beschäftigen wir uns im Schwerpunkt mit Themen rund um die Wahl.

Die Zeiten werden innen- wie außenpolitisch, auch für die Wähler, immer komplizierter und unübersichtlicher. Umso wichtiger sind heute gute, seriöse und verständlich aufbereitete Informationen. Wie sich das erreichen lässt, erklärt der erfahrene Journalist und gestandene Politredakteur des Bayerischen Rundfunks, Andreas Bachmann, an-

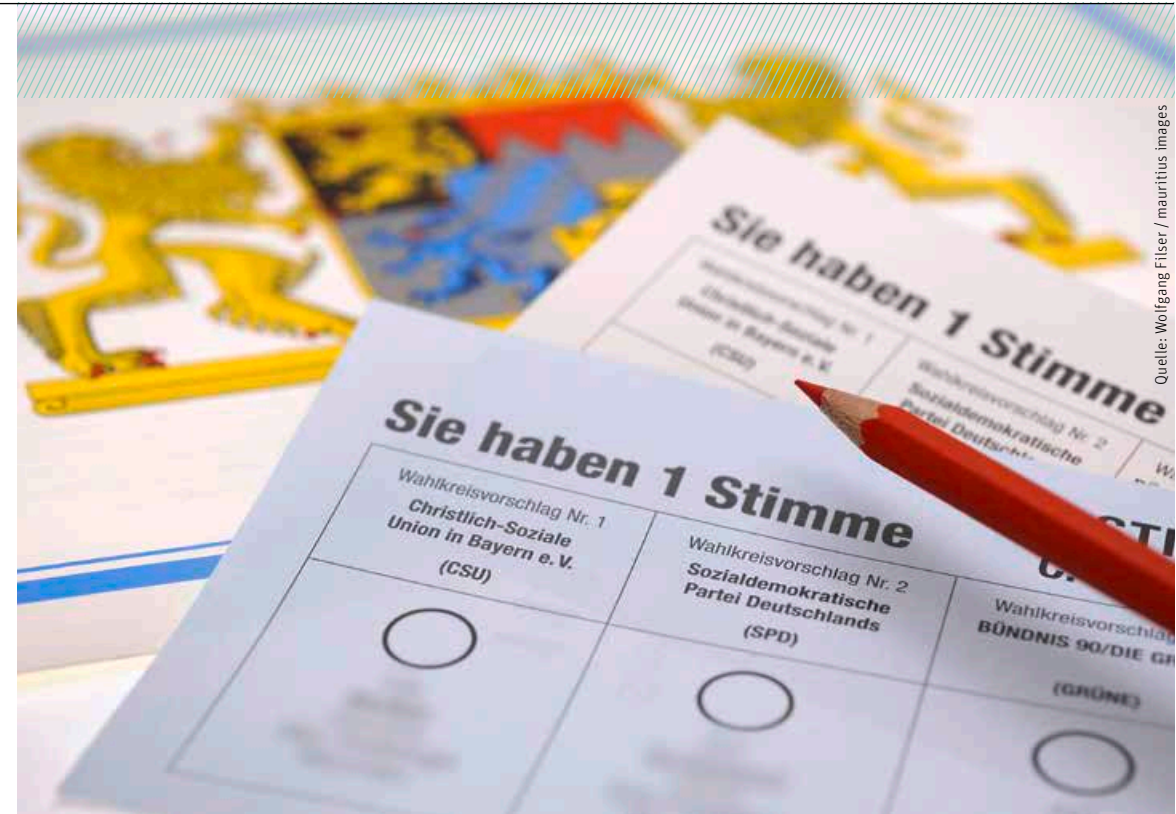
Für ANDREAS BACHMANN ist guter Journalismus ein Mittel gegen Politikverdrossenheit.

schaulich im Interview. (S.9) Er wagt sich in seinen Sendungen auch an innovative Konzepte wie z. B. den „Partei-tausch“, um neue Zielgruppen anzusprechen, plädiert aber auch generell für einen „konstruktiven Journalismus“,

also die Verbreitung von auch positiven Nachrichten des Gelingens. Ein immerzu negatives Bild von der Welt mache die Menschen krank, müde und politikverdrossen.

Aber Verdrossenheit ist in Bayern nicht angebracht. Die Bürger können mehr als zufrieden und optimistisch sein. Die Bilanz der letzten Jahre fällt sehr gut aus. Politische Stabilität, wirtschaftlicher Erfolg, innere Sicherheit ... deutschlandweit ist der Freistaat bestens aufgestellt. Und auch der Blick in die Zukunft muss einem nicht Bange machen. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Söder geht, gewappnet mit einem umfassenden Programm, weiter auf Erfolgskurs, ohne dabei die sich stellenden Herausforderungen außer Acht zu lassen. Die größte dabei wird die Digitalisierung sein.

Das Regierungsprogramm von Ministerpräsident Söder wird, wie seine Ausführungen zeigen (S. 15), gezeichnet von einem Leitbild proaktiver Zukunftspolitik, welches aber auch auf Werten und Traditionen fußt. Diese sind der



Am 14. Oktober 2018 ist Landtagswahl in Bayern. Jeder sollte seine 2 Stimmen nutzen.

Anker für Stabilität und somit auch Garant für die innere und soziale Sicherheit. Heimat – das bedeutet Verwurzelung, Bindung und Zuhause sein. Und dies ist auch im ganz wortwörtlichen Sinne zu verstehen: Wohnen ist ein Grundbedürfnis, aber das Heim, das Zuhause muss auch bezahlbar sein, für jeden. Das bayerische Wohnungsbaupaket soll hier unterstützend wirken.

Das bayerische Regierungsprogramm ist ein Kompass für einen guten und gesicherten Weg in die ZUKUNFT.

Praktikable Wohnraumkonzepte für die Zukunft zeigt dazu Christine Borst in ihrem Beitrag auf (S.20). Als 1. Bürgermeisterin der Münchner Umlandgemeinde Krailling ist sie unmittelbar konfrontiert mit dem Wohnraumangel, speziell in München, und sich daher der momentanen wie zukünftigen Bedeutung der Problematik, nicht zuletzt auch hinsichtlich der demographischen Entwicklung, sehr bewusst. Sie begegnet dieser Herausforderung mit der Entwicklung von Rahmenbedingungen und Lösungsvorschlägen, deren konkrete Anwendung und Praktikabilität sie mittels zweier Praxisbeispiele des kommunalen Wohnungsbaus in ihrer Gemeinde anschaulich aufzeigt.

Der Kompass für Bayerns Zukunft ist also ausgemittelt und zeigt die Richtung an. Wohin ihm der Wähler im

Herbst 2018 folgt, hat er selbst in der Hand. Wählen ist ein Bürgerrecht, aber wenn man sich die Wegmarken dazu in Erinnerung ruft, insbesondere den langen Kampf um das Frauenwahlrecht, wie ihn Daniela Neri-Ultsch anschaulich in ihrem Beitrag darstellt (S.26), sollte einem Gewähr werden, um welche eine großartige Errungenschaft es sich dabei handelt. 100 Jahre steht den Frauen in Bayern mittlerweile dieses Grundrecht zu und der Freistaat war auch hier der Vorreiter in Deutschland. Die Bilanz dazu ist durchaus positiv. Frauen fungieren heute als politische Entscheidungsträgerinnen und haben so bereits viele gesellschaftspolitische Veränderungen bewirkt. Aber das Ziel ist noch nicht erreicht. Es gibt noch einiges, wofür die Stimme zu erheben ist, und das gilt nicht nur für die Frauen.



/// VERENA HAUSNER

ist Stv. Redaktionsleiterin der Politischen Studien und Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Die Bürger entscheiden bei der **LANDTAGSWAHL 2018** über die Zukunft Bayerns.

Alle Bürger sind zur politischen Teilhabe aufgerufen. Nur wer mitmacht, kann mitentscheiden, Einfluss nehmen, verändern, mitgestalten. Sich informieren, dabei sein, sein Stimmrecht wahrnehmen, wählen gehen ist schon einmal der erste Schritt, die Zukunft politisch mitzugestalten. Am 14. Oktober 2018 ist Landtagswahl in Bayern. Unbedingt mitwählen! ///

/// ... und in Kürze die ersten Hochrechnungen

MIT GUTEM JOURNALISMUS ERFOLGREICH GEGEN POLITIKVERDROSSENHEIT

ANDREAS BACHMANN /// ist Politikwissenschaftler und begann 1997 als Reporter beim Bayerischen Rundfunk. Von 2004 bis 2009 beobachtete und kommentierte er als Landtagskorrespondent des Bayerischen Fernsehens das Politgeschehen im Freistaat. Seit 2009 ist er als Redaktionsleiter des BR-Politikmagazins *Kontrovers* tätig. Zusätzlich moderiert er seit 2016 in der ARD „report München“. Vielen ist er aber auch als Wahlberichterstatler und Mann der Hochrechnungen bekannt. Darüber haben wir u. a. im Vorfeld der Landtagswahlen im Herbst in Bayern mit ihm gesprochen.

Politische Studien: Herr Bachmann, warum ist es gerade heute spannend und wichtig, über Politik und ihre Hintergründe zu berichten?

Andreas Bachmann: Wir leben in Zeiten, die innen- wie außenpolitisch unübersichtlicher und komplizierter geworden sind. Viele Menschen sind des-

halb verunsichert. Politische Gewissheiten haben sich aufgelöst. Was ist links? Was ist rechts? Was ist gut? Was ist böse? Wo es früher klare Positionen gab, sind sie heute verschwommen. Solche unsicheren Zeiten sind naturgemäß immer auch journalistisch besonders spannende und herausfordernde Zei-



In der komplexen Welt, in der wir leben, braucht es einen Journalismus, der **ZUSAMMENHÄNGE** erklärt.



Quelle: Rolf Poss, München

Immer live und aktuell am Geschehen – Andreas Bachmann interviewt den neuen Ministerpräsidenten Markus Söder am Tag seiner Amtseinführung im Bayerischen Landtag.

ten. Man ist fast versucht zu sagen: leider. Aber gleichzeitig sind es genau diese Zeiten, in denen es extrem wichtig ist, über Politik und die politischen Hintergründe zu berichten. In der komplexen Welt, in der wir leben, in der vieles nicht mehr so einfach zu verstehen ist, braucht es einen Journalismus, der Zusammenhänge erklärt. Mehr denn je kommt es darauf an, Informationen genau zu prüfen, sie einzuordnen und nicht blind einem Meinungstrend zu folgen.

Politische Studien: Im Oktober 2018 findet die Landtagswahl in Bayern statt. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 hatten Sie bei BR und ARD in der Wahlkampfpha-

se einige ganz neue Sendekonzepte ausprobiert. Wie sind diese angekommen?

Andreas Bachmann: In unserer Sendung „Kontrovers“ haben wir vor der Bundestagswahl ein Politik-Experiment gewagt, das es so noch nie gegeben hat: den „Partei-tausch“. Ein Bundestagsabgeordneter der Grünen wechselte für einen Tag zur AfD, eine CSU-Politikerin lief zur Linken über, ein FDPler wurde Genosse (und jeweils umgekehrt) und das mitten im Bundestagswahlkampf. Die Kandidaten wussten bei ihrer Zusage nur, dass sie einen Tag lang in die Rolle des Tauschpartners schlüpfen und für die andere Partei Wahlkampf machen müssen. Mit wem sie tauschen, erfuhren sie erst unmittelbar vor dem tat-

„ Ich meine, dass der Journalismus neben negativen Schlagzeilen noch stärker auch Geschichten des **GELINGENS** auf die Agenda setzen muss.

sächlichen Dreh. Das Ergebnis aus unserer Sicht: spannende und kurzweilige Politikerporträts, die auf unterhaltsame Weise politische Inhalte transportiert haben und einfach mal ein anderer Zugang zu Politik, der auch neue Zielgruppen anspricht.

Politische Studien: Ganz generell: Wie kann das Medium Fernsehen dem Bürger wieder Lust auf Politik machen?

Andreas Bachmann: Sich bei diesem Thema nur auf das Medium Fernsehen zu konzentrieren, greift – glaube ich – zu kurz. Das ist eine Frage, die sich an den Journalismus insgesamt richtet, ganz egal ob TV, Hörfunk, Print oder Online. Ich persönlich meine, dass der Journalismus neben negativen Schlagzeilen noch stärker auch Geschichten des Gelingens auf die Agenda setzen muss. Ulrik Haagerup, Ex-Chefredakteur des dänischen Fernsehens und geistiger Vater des sogenannten „konstruktiven Journalismus“, hat nicht Unrecht, wenn er sagt, dass die Menschen krank und müde sind vom negativen Bild der Welt, das die Journalisten ihnen präsentieren. Natürlich müssen wir auch weiterhin den Finger in die Wunde legen und kritisch sein, aber viele Stories sind reduziert auf Konflikt, Drama, Verbrecher und Opfer. Das nützt aber weder der Presse oder dem Journalismus noch

der Gesellschaft, der wir, die Medienleute, zu dienen behaupten. In diesen Diskurs möchte ich übrigens ausdrücklich auch die Satire miteinschließen, wo man sich manchmal schon die Frage stellen muss: Klärt sie auf oder führt sie nicht eigentlich zu mehr Politikverdrossenheit? Ich sehe schon die Gefahr, dass für die inhaltliche Debatte wenig gewonnen ist, wenn wir uns nur noch satirisch und slapstickartig mit Politik beschäftigen.

Politische Studien: Unsere Studie „Einstellungen zur Politik“ vom März 2018 kommt zu dem Ergebnis, dass in Bayern die Öffentlich-Rechtlichen die wichtigste Informationsquelle für Nachrichten und Information über Politik sind. Dies gilt für alle Altersgruppen. Damit hat der BR eine hohe Verantwortung. Wie werden Sie dieser weiterhin gerecht, insbesondere im Hinblick auf neue Phänomene wie z. B. Fake News?

Andreas Bachmann: Zunächst möchte ich ganz klar sagen: Wir sind uns dieser Verantwortung sehr bewusst. Und dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist jeden Tag eine große Herausforderung. Wir versuchen sie zu meistern, indem wir als Medienunternehmen nicht stehenbleiben, sondern uns stetig weiterentwickeln und möglichst rasch auf die sich immer schneller ändernden

Bedingungen in der Medienlandschaft reagieren. Sie haben das Thema Fake News angesprochen. Im Kampf gegen gefälschte Nachrichten hat der BR beispielsweise schon Anfang 2017 aufgerüstet. Es ist klar, dass die immer unübersichtlichere Flut an Falschnachrichten, Bildmanipulationen und Bots, die im Web gezielt Lügen verbreiten, uns zusätzliche Anstrengungen abverlangen. Deshalb arbeiten bei uns Teams, die der bewussten Desinformation mit Faktenchecks und ausgeklügelter Software trotzen sollen. Dabei kooperiert der BR in Sachen Faktencheck und Verifikation eng mit dem Team Faktenfinder von ARD aktuell (Tagesschau, Tagesthemen) in Hamburg.

Politische Studien: Sprechen Sie auch gezielt junge Wählergruppen oder Nichtwähler an und wie kann man diese erreichen? Nutzen Sie hier auch neue Formate und Aktionsweisen, Stichwort: interaktiv?

Andreas Bachmann: Wir versuchen natürlich, unsere Inhalte so auszuspielen, dass sie für alle Altersgruppen attraktiv sind. D. h. konkret für die Wahlberichterstattung: Wir brauchen die klassische Diskussionsrunde genauso wie das kurze Social-Media-Format, mit dem ich vor allem junge Menschen erreiche. Ein zentraler Bestandteil der Wahlberichterstattung werden, ähnlich wie bei der

Bundestagswahl, die sogenannten Wahl-Arenen sein, in denen sich die Spitzenkandidaten der Diskussion mit Bürgern stellen. Das ist im ganz klassischen und besten Sinne interaktiv, wobei hier sicherlich auch Online-Elemente zum Einsatz kommen werden. Dem Thema Nichtwähler werden wir uns in einer 45-minütigen politischen Dokumentation ausführlich widmen.

Politische Studien: Die Berichterstattung am Wahlabend einschließlich der berühmten „Elefantenrunde“ erfordert einen langen Vorlauf, gründlichste Vorbereitung, aber auch viel diplomatisches Geschick, bis hin zu: Wer darf kommen und wer sitzt neben wem.

Andreas Bachmann: Das stimmt. Da ist Fingerspitzengefühl gefragt. Aber am Wahlabend gibt es klare Regeln: Wer bei der Prognose um 18 Uhr über 5 % liegt, darf an der Gesprächsrunde im Wahlstudio teilnehmen. Wer um 18 Uhr bei 4,9 % liegt, muss sich gedulden. Ich bin ja an Wahlabenden der Mann der Zahlen im BR-Fernsehen. Da geht es dann am Mittag schon los, dass mich erste SMS oder Anrufe erreichen – von Politikern wie von Journalisten –, die Tendenzen und erste Zahlen erfahren wollen. Da heißt es dann hart bleiben, und meistens schalte ich dann auch schon relativ früh am Tag mein Handy aus. Nicht erreichbar sein, ist dann der beste Schutz.



Informationen aus erster Hand sind wichtig, um einen **EIGENEN** Standpunkt zu entwickeln.

Politische Studien: Wie bereiten Sie sich selbst auf Berichterstattung und Moderation im Zusammenhang mit den Wahlen vor?

Andreas Bachmann: Eine spezielle Vorbereitung im Zusammenhang mit Wahlen gibt es eigentlich nicht. Das Wichtigste für mich ist, inhaltlich voll auf der Höhe zu sein. Ich lese natürlich viel und informiere mich täglich über die verschiedensten Medien. Zentral sind für mich Hintergrundgespräche mit Politikern, um politische Entwicklungen und Entscheidungen, aber auch Stimmungen und Tendenzen fundiert einschätzen zu können. Das mache ich aber natürlich auch, wenn keine Wahlen vor der Tür stehen. Informationen aus erster Hand sind auch deshalb wichtig, um einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, von dem aus man Dinge beurteilt. Das kann man, ohne mal einen Fuß beispielsweise in den Landtag gesetzt zu haben oder sich mal in Ruhe mit einem Politiker unterhalten zu haben, seriöserweise nicht nur vom Redaktionsschreibtisch aus machen. Der zunehmende Spardruck in den Redaktionen zwingt einen leider immer öfters dazu. Ich kann dem Befund des Medienwissenschaftlers Michael Haller auch nicht völlig widersprechen, wenn er sagt, dass die Medien ihr Fähnchen manchmal zu sehr in den Wind hängen und dass an der ein oder anderen Stelle der Narzissmus ei-

nes Ego-Journalismus und moralischer Überschuss an die Stelle der kühlen Berichterstattung getreten sind.

Politische Studien: Guter Journalismus gebietet professionelle Distanz und größtmögliche Seriosität. Es ist sicherlich nicht einfach, immer neutral zu bleiben. Wie schafft man das?

Andreas Bachmann: Neutralität und Objektivität sind große Worte. Meiner Ansicht nach können politische Journalisten nicht unpolitisch sein, vielleicht sollen sie dies auch gar nicht. Welchem Menschen gelingt es denn, immer hundertprozentig neutral zu sein? Worauf es ankommt, ist: Meinung und Bericht trennen, Themen unvoreingenommen und gewissenhaft recherchieren, unterschiedliche Standpunkte berücksichtigen und gewohnte Dinge auch einmal hinterfragen, persönliche Betroffenheit offenlegen – kurz: professionell arbeiten. Das heißt: So exakt, ausgewogen, transparent und wahrhaftig wie irgend möglich zu berichten. Das macht für mich seriösen Journalismus aus.



Wir versuchen natürlich, unsere Inhalte so auszuspielen, dass sie für **ALLE** Altersgruppen attraktiv sind.

Kurze Frage – schnelle Antwort:**Eine gelungene Wahlberichterstattung für Sie ist ...**

... nicht belehrend, sondern sachlich, erklärend und informativ.

Politiker vor der Kamera sind ...

... manchmal zu wenig authentisch.

Das hätte ich nie gedacht von ...

... der Opposition im Bayerischen Landtag, dass sie den Vorschlag einer Amtszeitbegrenzung des Ministerpräsidenten geschlossen ablehnt.

Als Eintracht-Fan: Der Wechsel von Niko Kovac zu den Bayern ist für Sie ...

... traurig, aber nachvollziehbar, im Stil allerdings stark verbesserungswürdig.

Die Fragen stellte Thomas Reiner, Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



Quelle: Judith Häusler

/// ANDREAS BACHMANN

ist Journalist und Redaktionsleiter der Sendung „Kontrovers“ beim BR sowie Moderator des ARD-Politmagazins report München.

/// Weltoffen mit festen Wurzeln

POLITIK FÜR BAYERNS ZUKUNFT

MARKUS SÖDER /// Bayern steht heute so gut da wie noch nie. Niemandem in Deutschland geht es besser als den Menschen in Bayern. Wir haben ein im internationalen Vergleich einmaliges Maß an politischer Stabilität, wirtschaftlichem Erfolg und innerer Sicherheit. Kein Land in Deutschland ist in den letzten zwanzig Jahren annähernd so stark gewachsen wie wir. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht Vollbeschäftigung und die Unterschiede zwischen den Bezirken liegen auf historisch geringstem Niveau. Bayern verfügt über eine herausragende Innovationsdynamik und ist europaweit das Land mit den gesündesten Staatsfinanzen.

Bayerisches Erfolgsrezept

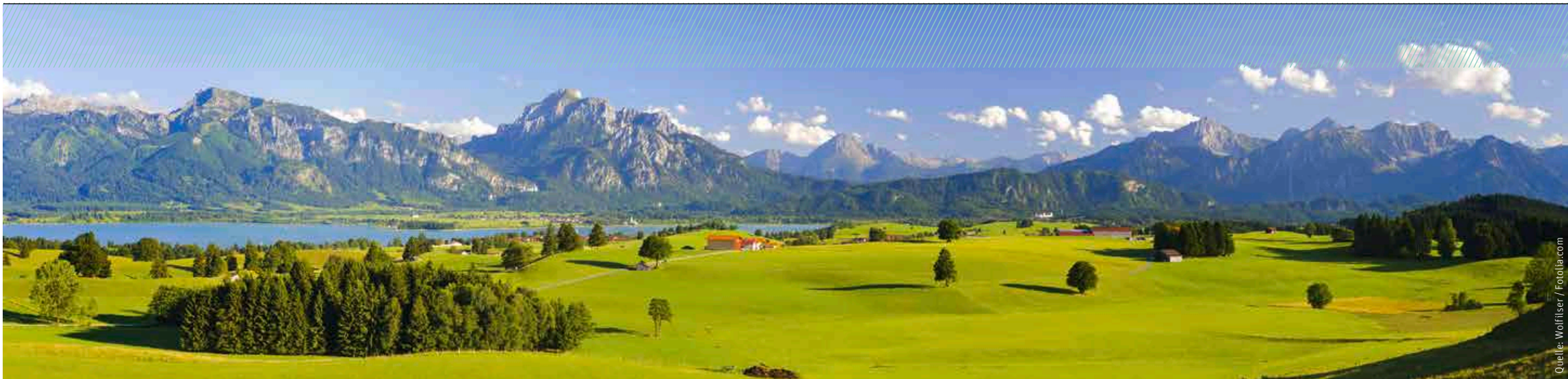
Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit – diese Erfolge sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis der täglichen Arbeit der Menschen und Unternehmen im Land. Vor allem aber profitieren wir von einer einmaligen Grundhaltung: Nur in Bayern gibt es so viele Menschen, die sich so klar zu Leistungsfreude, zum Vorrang von Sicherheit und Ordnung und zur kulturellen Prägung des Landes bekennen.

Herausforderungen

Dennoch sorgen sich viele Menschen um die Zukunft – auch in Bayern. Unser friedliches Zusammenleben und unser Zusammenhalt scheinen in Gefahr, Vertrauen schwindet und individuelle Sorgen und Ängste nehmen zu. Unübersichtliche weltpolitische Entwicklungen stellen alte Gewissheiten infrage. Die Flüchtlingsdebatte und ein neuer Radikalismus in der politischen Auseinandersetzung bedrohen unser gesellschaftliches Gleichgewicht.

Gleichzeitig stehen wir ökonomisch mitten in einer Epochenwende. Die Digitalisierung erfasst alle Bereiche des Lebens. Neue Arbeitsplätze entstehen, viele alte fallen weg. Nicht jeder profitiert von der digitalen Revolution. Unser Leben wird zudem immer globaler. Inter-

BAYERN steht bestens da.



Quelle: Wolfisler / Fotolia.com

nationale Verflechtungen, weltweite Kommunikation und globaler Handel lassen die Welt weiter zusammenwachsen. Städte und Landschaften werden dadurch aber auch immer uniformer. Liebenswerte regionale Besonderheiten gehen verloren. Die Welt ähnelt zunehmend einem riesigen Franchise-System. Alle leben gleich, Heimat und Identität verblasen.

Zukunft gestalten und Einzigartigkeit bewahren

Wie kann die Politik auf diese Herausforderungen reagieren? Unsere Antwort lautet: Mitgestaltung, nicht Abschotung oder Rückzug. Wir gestalten die großen globalen Entwicklungen in Digitalisierung und Technologie mit und stehen an der Spitze des Fortschritts. Daneben setzen wir aber einen zweiten Schwerpunkt: das klare Bekenntnis und die aktive Pflege der eigenen Wurzeln, Herkunft und Prägung.

Bayern steht für beides: Zukunftsvisionen und tiefe Verwurzelung, Weltoffenheit und Heimat. Dies hat Bayern schon immer ausgezeichnet. Als Leitbild für eine erfolgreiche Zukunftspolitik ist dies aktueller denn je. Wir wollen Mus-

terland dafür sein, wie man Globalisierung und Digitalisierung aktiv gestaltet und gleichzeitig seine Einzigartigkeit und Seele bewahrt.

BAYERN steht für beides: Weltoffenheit und Heimat.

Identität, Stabilität und innere Sicherheit

Was bedeutet das konkret? Zu Bayern gehört ein besonderes Bewusstsein für die eigene Identität. Dies lässt sich in Umfragen beobachten, vor allem aber im Alltag. Weil man weiß, wie die Welt aussieht, freut man sich umso mehr, zu Hause zu sein. Traditionen und Brauchtum spielen auch bei der jungen, digitalen Generation eine große Rolle. Die Menschen sind modern, mobil und doch stark in ihrer Heimat verankert.

Damit unser Land weiter ein fester Anker sein kann, braucht es Stabilität.

In Zeiten, in denen so viele Menschen neu zu uns kommen, braucht unser Land für seinen Zusammenhalt ein Leitbild, an dem sich alle Menschen orientieren können, gleich ob sie hier geboren wurden oder eingewandert sind. Diese Werte verbinden uns und prägen unser Zusammenleben in einer freiheitlichen, demokratischen und pluralen Gesellschaft. Sie liegen unserem Verständnis von Menschenrechten, Gleichberechtigung und Toleranz zugrunde und sind nicht verhandelbar. Wer diese Werte nicht teilt, wird die Grundfesten unseres Staates niemals akzeptieren.

In Bayern gehen auch die Umfragen zur christlichen Prägung des Landes anders aus als im Rest der Republik. Wir bekennen uns klar zu dieser christlich-abendländischen Prägung durch Kreuze in unseren Behörden. Das Kreuz ist natürlich vor allem ein religiöses Symbol, aber eben auch ein Symbol unserer Identität.

Neben einem klaren Leitbild für das Zusammenleben kommt es ganz konkret auf die innere Sicherheit an. Schwindet das Sicherheitsgefühl der Menschen, ist dies Nährboden für politischen Extremismus. Die Antwort des

Bundes, mit 7.500 neuen Bundespolizisten für mehr Sicherheit zu sorgen, unterstützen wir daher nach ganzen Kräften. Mit den 3.500 zusätzlichen eigenen bayerischen Landespolizisten erfüllen wir den Länderanteil von 7.500 Polizisten fast zur Hälfte allein. Mit der neuen Bayerischen Grenzpolizei und deutlich mehr Polizeipräsenz vor Ort und auf der Straße setzen wir neue Marksteine für die innere Sicherheit. Neben einer optimalen Personalausstattung braucht die Polizei aber auch zeitgemäße Befugnisse. Mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz stärken wir unserer Polizei den Rücken und stellen sicher, dass sie bei der Verbrechensprävention auf Augenhöhe agieren kann. Es geht darum, Straftaten effektiv zu verhindern. Der Schutz der Bürger, nicht der Schutz der Täter steht im Zentrum unserer Politik.

Innere Sicherheit: der beste **SCHUTZ** vor politischem Extremismus.

Soziale Sicherheit

Zu Verwurzelung und Heimat gehört aber auch soziale Sicherheit. Das fängt bei den eigenen vier Wänden an. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen im ganzen Land. Mit unserem Wohnungsbaupaket antworten wir auf die Sorgen vieler Menschen beim Wohnen. Wir setzen darauf, Bauwillige zu unterstützen und ihnen das Bauen zu erleichtern, etwa mit dem bayerischen Baukindergeld Plus und der bayerischen Eigenheimzulage. Mit unserer neu gegründeten bayerischen Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim erstellen wir Wohnungen für Menschen mit geringerem Einkommen. Wir wollen, dass auch Erzieher, Pfleger oder Polizisten sich das Leben in den Großstädten noch leisten können. Zudem mobilisieren wir Bauland für tausende weiterer Wohnungen. Bei allen staatlichen Wohnungen verzichten wir grundsätzlich für fünf Jahre auf eine Mieterhöhung.

Daneben schließen wir einen neuen bayerischen Generationenpakt: Mit dem neuen Bayerischen Familiengeld unterstützen wir alle Familien und setzen zugleich mit dem Landespflegegeld ein Zeichen der Anerkennung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Das Familiengeld steht für echte Wahlfreiheit für alle Eltern. Sie erhalten künftig für ein- und zweijährige Kinder 250 Euro pro Monat, ab dem dritten Kind sogar 300 Euro pro Monat, unabhängig vom Einkommen, der Erwerbstätigkeit oder der Betreuungsform. Mit dem Landespflegegeld in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr stärken wir die Selbstbestimmung der Pflegebedürftigen. Daneben schaffen wir mehr Pflegeplätze. Bayern wird 1.000 stationäre und 500 Kurzzeitpflegeplätze einrichten. Die Versor-

gungsangebote der Hospiz- und Palliativmedizin werden verdoppelt. Unser neues Landesamt für Pflege wird sich um alle Themen der Pflege effektiv und konzentriert kümmern.

Zukunft durch Digitalisierung, Wissenschaft und Forschung

Erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung, Wissenschaft und Forschung sichert unseren Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen. Wer sich in diesen Bereichen ausruht, fällt zurück und gefährdet die Zukunft unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen. Wir beschleunigen daher das technologische Tempo.

Erster Schlüssel zur Modernität ist die Digitalisierung. Wir haben daher in der Staatsregierung erstmals einen eigenen Minister für Digitalisierung eingesetzt. Die digitalen Datennetze sind die neuen Lebensadern unseres Landes. Bis 2025 werden wir alle Haushalte, alle Schulen und alle Krankenhäuser an das Gigabit-Netz anschließen. Bayern ist damit EU-weiter Vorreiter. Daneben verbessern wir die Mobilfunkversorgung im Land. Mit einer deutlich erhöhten finanziellen Förderung bauen wir die digitale Bildung an den Schulen und im beruflichen Bereich aus.

Zudem werden wir auch die Forschung in Bayern strategisch vorantreiben, Schlüsseltechnologien stärken und

**Wissenschaft und Forschung
SICHERN Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen.**

die bayerische Forschungslandschaft noch internationaler ausrichten. Bayern soll Zentrum der deutschen Forschungselite bleiben. Wir setzen dabei auf einzelne Schwerpunktbereiche. Wir machen die Raumfahrt wieder zu einer bayerischen Schlüsseltechnologie und wollen Bayern zurück an Platz eins der Raumfahrtstandorte in Deutschland bringen. Daneben ist künstliche Intelligenz eine der wichtigsten Technologien in der Zukunft. Lernende, kognitive Systeme werden menschliches Handeln zwar nicht ersetzen, aber intelligent unterstützen. Wir gründen hierfür ein Kompetenznetzwerk und verknüpfen die wichtigsten Forschungsstandorte für künstliche Intelligenz in Bayern miteinander. Neben künstlicher Intelligenz ist die Medizinforschung ein weiterer Schwerpunkt. Hierzu bauen wir Standorte und Aktivitäten in der Krebsforschung und Immunologie, in der Healthcare-Forschung und bei modernen Anwendungen der digitalen Medizin aus. Aber auch im Bereich der Mobilität braucht es neue Impulse für Wissenschaft und Forschung. Beim individuellen Flugverkehr wie etwa Flugtaxi stehen wir bereits an der Schwelle von der Fiktion zur Realität. Erste Prototypen sind entwickelt. Wir wollen die in Bayern ansässigen Unternehmen dabei unterstützen, diese zu zuverlässigen Anwendungen weiter zu entwickeln und eine Pilotregion auf Weltniveau für den Alltagsbetrieb werden.

Den bayerischen Weg fortsetzen

All dies zeigt: Wir denken über den Tellerrand hinaus, haben den Mut zu Visionen und zu neuen Wegen. Bayern ist weltoffen. Unsere Unternehmen lassen sich in den USA, in China und im europäischen Ausland nieder. Umgekehrt

kommt die Welt nach Bayern. Unser Land ist internationaler Spitzenstandort, beliebtes Reiseziel und Wahlheimat für viele.

**Unsere Werte sind der KOMPASS
für Bayerns Zukunft.**

Bei aller Weltoffenheit und Modernität haben wir in Bayern aber immer unsere festen Wurzeln und unsere Bindung zur Heimat. Wir wissen, wer wir sind und wo wir hingehören. Unsere Prägung, unsere Intensität und unsere Werte sind unser Anker. Dies hat Bayern stark gemacht und wird auch weiterhin der Kompass für Bayerns Zukunft sein. ///



/// DR. MAKUS SÖDER, MDL
ist Bayerischer Ministerpräsident,
München.

/// Suche dringend Wohnung in München oder Umland ...

WOHNRAUMKONZEPTE FÜR DIE ZUKUNFT

CHRISTINE BORST /// Wohnungsnot gab es, bedingt durch Zerstörung und zahlreiche Flüchtlinge, bereits nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Bedarf an Wohnraum riss aber trotz eines einsetzenden Baubooms auch in den nachfolgenden Jahrzehnten v. a. im Großraum München aufgrund steigender Ansprüche sowie der demographischen Entwicklung bis dato nicht ab. Es braucht heute mehr denn je bedarfsgerechter und zeitgemäßer Wohnraumkonzepte für Menschen in allen Lebenssituationen.

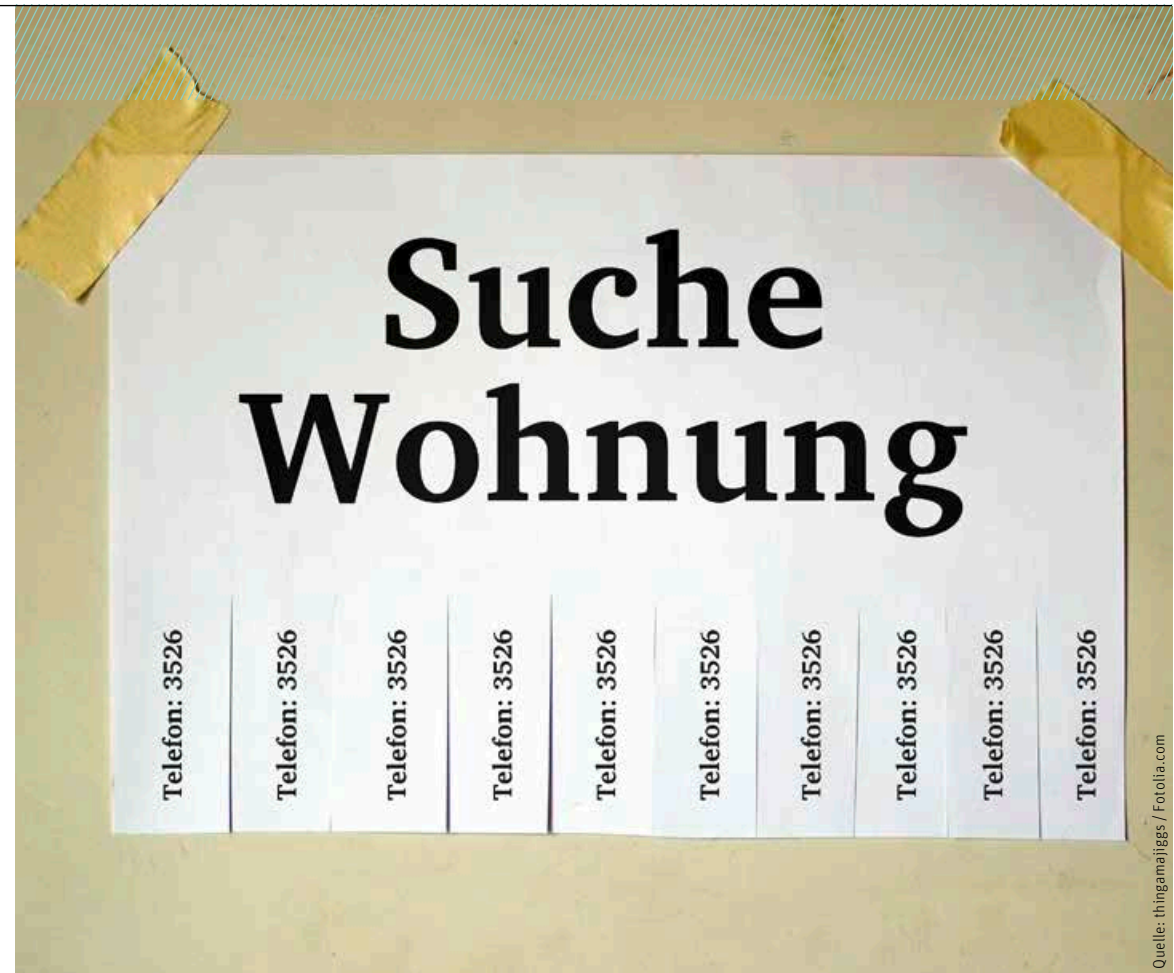
Ausgangslage

In den vergangenen Jahren hat sich die Situation für diejenigen, die keine teuren Mieten aufbringen können oder erschwingliches Eigentum suchen, nochmals deutlich verschärft. Bezahlbare Lösungen sind in der Metropolregion München und Umgebung gefragter, aber auch rarer denn je. Das oberste Ziel lautet daher, an den Bedürfnissen der Bewohner ausgerichteten attraktiven Wohnraum für untere und mittlere Einkommenschichten zu schaffen.

Das Thema Wohnen ist bei den Menschen angekommen. Bei einer Umfrage von infratest dimap wurde es im Januar 2018 erstmals als eine der wichtigsten Herausforderungen für die Menschen in Bayern genannt. Der Stellenwert des existenziellen Grundbedürfnisses, ein sicheres Dach über den Kopf

zu haben, wird einem erst bewusst, wenn es keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Jahrelang war bei den Wohnungseigentums- und Mietpreisen nur München die Stadt der Superlative. Das hat sich mittlerweile spürbar ausgeweitet. Bezahlbarer Wohnraum ist in allen bayerischen Ballungszentren ein knappes Gut geworden. Inzwischen macht sich auch die Flüchtlingskrise auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar. Aner-

Der Wohnraum in Bayerns Ballungszentren wird zunehmend KNAPPER und teurer.



Nicht nur in München wird es zunehmend schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

kannte Flüchtlinge, die ein dauerhaftes Bleiberecht haben und zusammen mit ihren Familien untergebracht werden müssen, vergrößern zusätzlich die Nachfrage.

Die Bedingungen für den Wohnungsbau sind derzeit alles andere als optimal. Mangelndes Bauland, hohe Baukosten und langwierige Planungsverfahren sind die großen Bremsen. Es bedarf einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung aller Verantwortlichen, um die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau in Bayern zu optimieren und weiterzuentwickeln.

Was ist zu tun?

Bezahlbares Bauland mobilisieren

Seit 2006 steigen die Baulandpreise kontinuierlich, in der Region München um 122 %. Der Quadratmeterpreis liegt im Landkreis Starnberg derzeit bei 1.054 €. Darunter leiden vor allem die sozial orientierten Wohnungsbauprojekte. Grundstücke in Privatbesitz sind für preisgünstigen Wohnungsbau kaum erschwinglich. Deshalb müssen Maßnahmen zur Aktivierung von Bauland wie die Bereitstellung von kommunalen sowie Grundstücken von Freistaat und Bund für den Mietwohnungsbau ergrif-

fen werden. Gut wäre eine Regelung, dass der Bund und der Freistaat Grundstücke günstig und unkompliziert an Kommunen abgeben und nicht wie bisher wertvollen Grund an Meistbietende verkaufen. Das Vorkaufsrecht der Kommunen muss gestärkt werden.

Das Ansinnen, den Flächenverbrauch zu reglementieren, darf nicht dazu führen, dass die Menschen kein Zuhause mehr bekommen. Eine Vorgabe, den Flächenverbrauch zu halbieren, würde ja auch eine Halbierung der Wohnbauflächen bedeuten. Die vorhandenen Flächen könnten durch dichtere Bebauung besser genutzt werden. Die Voraussetzungen dafür liegen im Bauplanungsrecht und müssen hier geschaffen werden.

Für preisgünstigen Wohnungsbau muss von Bund und Kommunen BAULAND geschaffen werden.

Baukosten senken

Unsere Region braucht für ein allgemein leistbares Mietniveau breiter Bevölkerungsschichten günstigen Mietwohnungsbau. Neben teurem Bauland steigen auch die Herstellungskosten kontinuierlich und dies bedeutet auch einen deutlichen Anstieg der notwendigen Neubaumiete, die nicht durch entsprechende Einkommenszuwächse gedeckt ist. Eine verpflichtende Folgenabschätzung für die Kosten des Wohnens für alle Entwürfe von Gesetzen, Verordnungen und Normen wäre vorzunehmen.

Hinsichtlich der Kosten müssen Stellplatzanforderungen an die heutige Nachfrage angepasst und durch neue Mobilitätskonzepte ergänzt oder ersetzt werden. Die Mindestanforderungen an den Schallschutz sollten bezüglich der Kosten-Nutzen-Relevanz einer kritischen Überprüfung unterzogen werden und die Brandschutzanforderungen die Regelungen des Baurechts nicht weiter verschärfen.

Schnelleres Vorgehen

Von der Planung bis zum Bezug einer Wohnanlage dauert es oft drei bis fünf Jahre. Ein wesentlicher Grund ist die lange Bearbeitungszeit der Bauanträge. Hinzu kommt, dass der Bausektor derzeit komplett ausgelastet ist und es große Schwierigkeiten gibt, Baufirmen und Handwerker zu finden. In den Kommunen sollte das Bauen zur Chefsache gemacht werden. Die Bauämter brauchen dringend mehr Personal. Die Bearbeitung von Bauanträgen sollte 12 Wochen nicht überschreiten.

Kommunale Wohnungsbauunternehmen

Im Landkreis Starnberg wurde 1950 der Zweckverband sozialer Wohnungsbau gegründet. Später folgte dann die Umfirmierung in „Verband Wohnen im Landkreis Starnberg“. Für diesen Verband, dessen Vorsitzende ich bin, gibt es

Planung und Realisierung von Bauvorhaben müssen SCHNELLER als bisher erfolgen.

viel zu tun. Der Verband übernimmt für seine Mitgliedsgemeinden eine der kommunalen Hauptaufgaben im Bereich der Daseinsfürsorge durch seine Wohnungsangebote. Mit der Errichtung und der Bewirtschaftung von gutem und günstigem Wohnraum verbessern wir die Qualität des Wohnungsbestandes im Kreis Starnberg. Seit 2016 haben wir unsere Aktivitäten im Neubau bedarfsgerecht verdreifacht. Der Verband Wohnen ist in Bayern meines Wissens nach der einzige Wohnungsbauverband, der die Fördermittel, die der Freistaat für den kommunalen Wohnungsbau freigegeben hat, ebenso wie die Kommunen nutzen kann, da er als rein kommunaler Zweckverband geführt wird.

Im Landkreis Starnberg ist der Wohnraum heute knapper denn je. Dies gilt insbesondere für Menschen mit geringem bis durchschnittlichem Einkommen. Der Verband hält derzeit 2.364 Wohneinheiten im sozialen Wohnungsbau, verteilt auf 13 Gemeinden, vor. Die Nachfrage nach erschwinglichem Wohnraum für untere und mittlere Einkommenschichten übersteigt aber nach wie vor deutlich das Angebot. Der Verband wird daher in den kommenden Jahren weiter kräftig in den Neubau und die Modernisierung von Gebäuden investieren. Es ist geplant, bis zum Jahr 2020 insgesamt 250 neue Wohnungen zu errichten. Dafür werden ca. 70 Millionen Euro investiert.

Zukünftige Wohnformen

Angesichts des demographischen Wandels wird auch der Aspekt, den Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, immer wichtiger. Der Anteil der älteren Menschen ohne Kind und ohne Familie wird zu-

künftig extrem wachsen. Diese haben jedoch oft ganz andere Wohnbedürfnisse. Eine zentrale Lage der Wohnung mit guter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und die räumliche Nähe zu Ärzten, Apotheken und Einkaufsmöglichkeiten werden wichtiger. Auch ist ein Anstieg des Wunsches nach alternativen Wohnformen wie „Betreutes Wohnen“ und „Generationenübergreifendes Wohnen“ deutlich erkennbar. Seniorengerechte Dienstleistungen wie ambulante Pflegedienste und Serviceleistungen werden in enger Verbindung mit der Wohnsituation mehr denn je nachgefragt.

Die demographische Entwicklung bewirkt VERÄNDERTE Wohnbedürfnisse und Wohnformen.

Wohnraum der Zukunft muss sich den individuellen Bedürfnissen junger und alter Bewohner anpassen können. So muss ein Wohnen über alle Generationen hinweg im Laufe der einzelnen Lebensphasen eine schrittweise Veränderung und Anpassung des Wohnraumes zulassen. Komfort wie ein flexibler Grundriss, eine energieeffiziente Bauweise, Barrierefreiheit oder ein Aufzug ist für alle Mieter, ob jung oder alt, angenehm. Aber auch familienfreundliche Angebote unter Berücksichtigung einer einladenden Gestaltung von Grün- und Spielflächen sorgen für ein Plus an Lebensqualität für alle Bewohner im Quartier. Um die Entstehung

von sozialen Monostrukturen zu vermeiden, ist es wichtig, ein Angebot „mitalernder“ Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Praxisbeispiele der Gemeinde Krailling

Mit der Integration zugewanderter Menschen werden künftig auch anerkannte Flüchtlinge mit ihren Familien verstärkt Wohnraum im Landkreis suchen. Die Gemeinde Krailling hat darauf mit dem Neubau einer sozial geförderten Wohnanlage mit 15 barrierefreien Wohnungen reagiert. Drei große Einheiten konnten an Flüchtlingsfamilien aus der Kraillinger Containersiedlung vergeben werden. Zur sozialen Integration von Flüchtlingen ist es aus vielerlei Gründen wichtig, in den Quartieren eine gute Durchmischung der Bewohnerstruktur zu erreichen, um von Anfang an eine Ghettobildung zu vermeiden. Das Belegungsrecht für die vom Verband Wohnen errichtete Anlage hat die Gemeinde Krailling, so dass die Kommune dies aktiv steuern kann.

Für die Kraillinger über 65, die aus ihren zu großen Wohnungen ausziehen und diese eventuell ihren Kindern überlassen wollen, baut die Gemeinde Krailling, ebenfalls mit dem Verband Wohnen, derzeit eine Anlage für betreutes Wohnen direkt im Ortszentrum. Es entstehen insgesamt 22 altersgerechte Wohnungen, 18 2-Zimmer-, 4 3-Zimmer-Wohnungen. Alle werden barrierefrei ausgestattet und sind für Elektrollstuhlfahrer geeignet. Die Mieten betragen hier pro Quadratmeter für Menschen mit Wohnberechtigungsschein € 7,50. Für gemeinsame Aktivitäten gibt es in der Wohnanlage einen Gemeinschaftsraum und halbtags eine Betreu-

ungsperson, die Ausflüge oder gemeinsame Veranstaltungen organisiert, um der Vereinsamung im Alter vorzubeugen. Bezogen werden kann die Anlage im Frühjahr 2019.

Sensibilisierung der Bevölkerung

Vielen Kommunen in der Planungsregion 14 geht es wie uns im Landkreis Starnberg. Viele der Bürger, die hier wohnen, wollen keine Veränderung im Ort. Sie wollen keinen Zuzug und keinen Wohnungsneubau. Es soll alles so bleiben, wie es ist. Aber das Leben ist wie ein Fluss. Es fließt immer weiter, und wenn man nicht an wichtigen Stellen regelnd eingreift, fließt das Wasser in die falsche Richtung.

Wenn also in den Gemeinden auf die überaus starke Nachfrage nach Wohnraum nicht entsprechend reagiert werden kann, steigen die Miet- und Kaufpreise für Immobilien ins Unermessliche und auch die Kinder derjenigen, die schon lange bei uns wohnen, haben keine Möglichkeit mehr, sich hier Wohneigentum zu schaffen oder anzumieten. Sie müssen wegziehen und damit verlieren unsere Vereine und Verbände wie z. B. die freiwilligen Feuerwehren ihre langjährigen Mitglieder und Helfer. Diejenigen Bürger, die sich für hohe Millionenbeträge in den Umlandgemeinden Häuser kaufen oder anmieten können, haben meist kein Interesse an großer Integration in der Gemeinde.

**Gegen Bürgerproteste hilft
AUFKLÄRENDE Öffentlichkeitsarbeit.**

Hier sollte künftig eine gemeinsame offensive Öffentlichkeitsarbeit stattfinden. So könnten z.B. in regionalen Wohnbaukonferenzen die Bürger auf diese Zusammenhänge mit Vorträgen und Beispielen hingewiesen werden, um dafür zu werben, dass sich die Kommunen so verändern können, dass sie weiterhin für die Zukunft bestens gerüstet sind und nicht durch Bürgerproteste, die oft in die falsche Richtung gehen, ausgebremst werden. ///



/// CHRISTINE BORST

ist 1. Bürgermeisterin der Gemeinde Krailling und Vorsitzende des Verbandes Wohnen im Landkreis Starnberg.

/// Eine Stimme haben

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

DANIELA NERI-ULTSCH /// Mit der Ausrufung des Freistaats Bayern erhielten die Frauen hier bereits am 8. November 1918 das aktive und passive Frauenwahlrecht, noch bevor am 12. November 1918 das Frauenwahlrecht in ganz Deutschland verkündet wurde. Nachdem Frauen nunmehr seit 100 Jahren in Deutschland in politischer Verantwortung stehen und Bayern dabei eine Vorreiterrolle spielte, bietet das Jubiläum einen geeigneten Anlass, um wichtige Wegmarken und deren Bedeutung für die politische Teilhabe von Frauen in den Blick zu nehmen und das Erreichte zu bilanzieren.

Wichtige Wurzeln

Die Einführung des Wahlrechts für Frauen stellte eine wichtige Voraussetzung auf dem Weg zur Gleichberechtigung dar. Der Diskurs über die politische Partizipation der Frau setzte im 18. Jahrhundert in der Zeit der Aufklärung und der Französischen Revolution ein. Die Schriftstellerin Olympe de Gouges (1748-1793) formulierte im Zuge der Französischen Revolution die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“, worin sie in Artikel 1 festhielt: „Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne ebenbürtig in allen Rechten.“¹ Sie forderte das Wahlrecht für Frauen und die gleichberechtigte Teilhabe an der politischen Gestaltung des Landes, jedoch erfolglos. Im Rahmen der Revolution von 1848/49 griffen bürgerliche Frauen wie

beispielsweise die Publizistin und Philosophin Luise Dittmar (1807-1884) oder die Journalistin Mathilde Franziska Anneke (1817-1884) das Postulat der politischen Gleichberechtigung der Frau auf. Jedoch wurden zur Wahl der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche gemäß dem Zensuswahlrecht nur Männer ab 25 Jahren zugelassen.

In den „Grundrechten der Deutschen“ fanden Frauenrechte keine Erwähnung, aber mit der Gründung der „Frauen-Zeitung“ gelang es Louise Otto (1819-1895) im April 1849, ein öffentliches Forum für die Frauenfrage zu schaffen. Mit diesem Sprachrohr verfolgte sie zwei Ziele: die Demokratisierung der Gesellschaft und die Anerkennung der bürgerlichen Rechte der Frau. Zudem forderte sie eine verbesserte ge-

1918 – 2018
100 Jahre Frauenwahlrecht

Eine Aktion des **KDFB**
Katholischer Deutscher Frauenbund

Jahr	Anteil (%)
1919	4,4%
1946	1,7%
1994	21,6%
2013	28,3%
... und wann?!	50,0%

Sitzverteilung von Männern und Frauen im bayerischen Landtag

FRAUEN! WÄHLT! FRAUEN!

Nutzen Sie die Vorteile des bayerischen Wahlrechts! Sie können mit der Zweitstimme direkt für eine **KANDIDATIN** stimmen und sie so auf der Liste nach vorne wählen.

Quelle: KDFB, DV Passau

Frauen sollten ihre Stimme nicht nur erheben, sondern auch richtig vergeben. Das Frauenwahlrecht gibt ihnen seit nunmehr 100 Jahren die Möglichkeit dazu.

sellschaftliche Stellung der Frauen sowie bessere Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Mit dem Scheitern der demokratischen Revolution von 1848/49 fand auch der kurze frauenpolitische Aufbruch sein jähes Ende, denn 1850 wurde Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und Verbänden verboten.² Darüber hinaus wurden auch aufgrund der restriktiven Pressegesetze die bisher erschienenen Frauenzeitungen untersagt bzw. eingestellt.³

Erste Versuche zur politischen Teilhabe von Frauen erfolgten bereits im 18. JAHRHUNDERT.

Eine andere wichtige Wurzel für die Forderung nach Gleichberechtigung lag in der fortschreitenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Diese führte nicht nur zu einer Veränderung der bürgerlichen Familienstrukturen, sondern auch zu einer zunehmenden Verelendung des Proletariats, womit für Frauen auch das Problem der Existenzsicherung immer dringlicher wurde. Im Zuge dieser Entwicklung entstanden in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern Frauenrechtsbewegungen unterschiedlicher politischer Prägung. So entwickelten sich in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bzw. in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts drei wesentliche Strömungen:

- die bürgerlich-gemäßigte Frauenbewegung, angeführt von Louise

Otto-Peters und Auguste Schmidt (1833-1902) mit dem von ihnen gegründeten Allgemeinen Deutschen Frauenverein (ADF). Ihr Engagement galt vor allem der Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten und der Frauenerwerbstätigkeit;

- die bürgerlich-radikale Frauenbewegung geleitet von Minna Cauer (1841-1922) und Anita Augspurg (1857-1943), die 1902 den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht gründeten. Sie setzten sich vor allem für den Erhalt des Frauenstimmrechts und die staatsbürgerlichen Rechte ein;
- die sozialistische Frauenbewegung, an deren Spitze Clara Zetkin (1857-1933) stand. Sie verfolgte jedoch im Unterschied zu den beiden erstgenannten Strömungen ein anderes Konzept, um die Emanzipation der Frau zu erreichen: Diese sollte nicht durch die Reform der bürgerlichen Gesellschaft, sondern durch Revolution erlangt werden und damit verstand Zetkin die sozialistische Frauenbewegung als Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung. Eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Strömungen wurde deshalb abgelehnt.

Im Kern setzten sich die Frauen, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Herangehensweisen, für

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden verschiedene FRAUENRECHTSBEWEGUNGEN.

folgende Ziele ein: das Recht auf Erwerbsarbeit, auf Bildung und das Wahlrecht. Vor allem durch das Recht auf politische Teilhabe erhofften sie sich, eine Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Situation erreichen zu können.

Wichtiger Dynamisierungsschub

Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins von 1865 hatte sich die organisierte Frauenbewegung zu formieren begonnen. Schließlich gelang 1894 mit dem Zusammenschluss zum Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) nicht nur die internationale Einbindung, sondern auch die organisatorische Einigung der deutschen Frauenbewegung. 1896 erhielt diese einen starken Dynamisierungsschub. Im Reichstag stand die Verabschiedung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches an. Der Entwurf schrieb erneut die zivilrechtliche Benachteiligung der Frau fest. So erhielt der Ehemann die Vormundschaft über die Ehefrau. Bei Unstimmigkeiten war diesem die letzte Entscheidung vorbehalten. Die Ehefrau konnte z. B. nur mit Zustimmung des Ehemannes einen Arbeitsvertrag eingehen. War bei der Eheschließung keine Gütertrennung vereinbart worden, stand dem Ehemann auch das Verwaltungs- und Nutznießungsrecht über das gesamte Vermögen der Ehefrau zu.

Diese erneute Diskriminierung der Ehefrau gegenüber dem Ehemann rief innerhalb der Frauenbewegung eine umfangreiche Protestwelle hervor, die in der Presse ironisch als „Frauenlandsturm“ bezeichnet wurde. Trotz dieses massiven Protests blieb es bei der Benachteiligung der zivilrechtlichen Stellung der Frau im Bürgerlichen Gesetzbuch. Jedoch erhielt die Frauenbewegung in der Folge dieser öffentlichen

Auseinandersetzung immer größeren Zulauf und die Mitgliederzahl der Frauenorganisationen und -vereine stieg rasant an. Während der Bund Deutscher Frauenvereine um die Jahrhundertwende ca. 70.000 Mitglieder aufwies, zählte er 1908 etwa 200.000 Mitglieder und am Ende des Kaiserreichs bereits 380.000. Daneben waren zahlreiche weitere Frauenverbände wie z.B. Frauenberufsverbände entstanden. 1899 hatte sich der Deutsch-evangelische Frauenbund formiert und 1903 war in Köln die Gründung des Katholischen Frauenbundes Deutschland erfolgt.

Der PROTEST gegen die fortgesetzte zivilrechtliche Benachteiligung im BGB 1896 dynamisierte die Frauenbewegung.

Erste Erfolge

Auf dem bildungspolitischen Sektor war es der Frauenbewegung mittlerweile gelungen, wichtige Teilerfolge zu erzielen. In Berlin konnten 1896 die ersten Frauen ihr Abitur ablegen. An den Universitäten Berlin und Göttingen wurden Frauen mit Genehmigung des Unterrichtsministers als Gasthörerinnen zu Veranstaltungen zugelassen. In Baden konnten sich Frauen erstmals an einer Universität immatrikulieren und 1903 öffneten sich für sie auch in Bayern die Universitäten. Hingegen wurden in Preußen Frauen erst ab 1908 zum Studium zugelassen.

Das neue Reichsvereinsgesetz von 1908 stellte einen wichtigen Meilenstein dar, denn es erlaubte Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen. Nun konnten sie Parteien beitreten und die Forderung nach dem Frauenwahlrecht erhielt neuen Auftrieb.⁴ Am 19. März 1911 fand der erste Internationale Frauentag statt und stand wie in den Folgejahren auch ganz im Zeichen des zentralen Themas Frauenwahlrecht. An diesem Tag fanden in verschiedenen deutschen Städten viele öffentliche Straßenumzüge statt. So versammelten sich beispielsweise in Berlin ca. 45.000 Frauen. Ebenso wurden auf den verschiedenen Veranstaltungen Petitionen für das Frauenstimmrecht verfasst. Neben Berlin und Hamburg gehörte damals auch München zu den Zentren der bürgerlichen Frauenbewegung. So fand anlässlich des Frauenstimmrechtskongresses 1912 erstmals eine Demonstration in München statt, die von den beiden führenden Frauenrechtlerinnen des bürgerlich-radikalen Flügels Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann organisiert wurde.

Obwohl es im Zuge der Frauenstimmrechtsbewegung auch immer wieder zu Diskussionen innerhalb der Länderparlamente wie auch des Reichsparlaments gekommen war, blieb die Forderung nach dem Frauenwahlrecht erfolglos. Erst als im Verlauf des Ersten Weltkriegs Frauen immer mehr gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernehmen mussten und mit ihrer Arbeit vor allem auch die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens gewährleisteten, konnten ihre Forderungen nach politischer Teilhabe nicht länger abgewiesen und der Ausschluss der Frauen vom Wahlrecht nicht mehr mit geschlechtsspezifischen Unterschieden begründet

werden, denn ihre Mitarbeit war für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens unverzichtbar. Nach viereinhalb Jahren Krieg führten Hungersnot, Menschenverluste und die Erkenntnis, dass er nicht mehr zu gewinnen war, zu wachsender Kriegsmüdigkeit.

Erhalt des Frauenwahlrechts 1918

Die politische Lage in Bayern spitzte sich so zu, dass die königlich bayerische Regierung mit den im Landtag vertretenen Parteien am 2. November 1918 noch durch ein Reformabkommen versuchte, die Krise zu entschärfen. Man einigte sich auf diese zentralen Reformpunkte: Einführung des Verhältniswahlrechts und des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen sowie der parlamentarischen Monarchie. Doch die Reformen kamen zu spät. Die Revolution am 7. November 1918 unter der Führung des USPD-Politikers Kurt Eisner beendete nach 738 Jahren die Herrschaft der Wittelsbacher in Bayern. Eisner hatte die Republik ausgerufen und Parlamentswahlen angekündigt. Erstmals erhielten Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Damit war Bayern der erste Staat in Deutschland, der die Republik verkündete und den Frauen das Wahlrecht erteilte. Am 12. November 1918 erfolgte in Berlin die Proklamation des Frauenwahlrechts auf Reichse-

**Die Revolution in Bayern
im NOVEMBER 1918 brachte mit
der Republikgründung auch das
Frauenwahlrecht.**

bene. Somit gehörte Deutschland neben Österreich, Polen, Luxemburg u.a. zu den Ländern, die nach dem Ersten Weltkrieg das Frauenwahlrecht einführten. Finnland hatte es bereits 1906 als erstes Land in Europa verliehen.

Viele Frauen in Bayern, die sich aktiv für das Frauenstimmrecht eingesetzt hatten, beteiligten sich begeistert am neuen politischen Leben, denn nach jahrzehntelangem Kampf für das Frauenwahlrecht waren sie endlich am Ziel. So nahmen am 18. November 1918 engagierte Frauen, unter ihnen auch die beiden bekannten Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, die bereits 1902 den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht ins Leben gerufen hatten und 1904 auch zu den Gründungsmitgliedern des Weltbundes für das Frauenwahlrecht in Berlin gehörten, an einer Versammlung im Wagnersaal in München teil und erklärten sich zur politischen Mitarbeit am Aufbau der Republik bereit. Im Provisorischen Nationalrat, der bis zur Wahl des ersten demokratischen Landtags die Interessen des Volkes wahrnehmen sollte, waren unter den 256 Mitgliedern auch acht Frauen vertreten: Hedwig Kämpfer, Aloisa Eberle, Helene Sumper, Marie Sturm, Luise Kiesselbach, Emilie Mauerer, Rosa Kempf und Anita Augspurg. Das entsprach einem Anteil von 3,1 %.

Da am 5. Dezember 1918 der Wahltermin für den ersten demokratischen Landtag für den 12. Januar 1919 bekannt gegeben wurde, fiel der Wahlkampf zwar kurz, aber intensiv aus. Jetzt kam es darauf an, die Frauen in Wahlveranstaltungen zu überzeugen, ihr Wahlrecht auszuüben. „Mit Rucksäcken beladen, die das erforderliche Propagandamaterial und eine Glocke enthielten,

durchwanderten Frauen die Gegend von Dorf zu Dorf. Mit der Glocke wurde mächtig geklingelt, um die Bevölkerung in Schule und Wirtshaus zur Versammlung zu laden (...) Sie (die Frauen) zeigen großes Interesse, richteten sachliche Fragen an die Rednerinnen, über Ehe- und Erziehungsrecht der Frau sowie ihre ökonomische Stellung im Staat.“⁵ Die verschiedenen Veranstaltungsangebote und auch eine deutschlandweit angelegte Aktion der Publikation der „10 Gebote zum Wahlrecht“ des Bundes deutscher Frauenvereine in verschiedenen Zeitungen für die anstehenden Landtags- und Reichstagswahlen zeigten die erwünschte Wirkung. So beteiligten sich am 12. Januar an den Landtagswahlen in Bayern 87,9 % der Frauen und 87 % der Männer. Als Wahlgewinner ging die konservativ-katholische Bayerische Volkspartei (BVP) mit 66 Sitzen hervor. Die SPD erreichte 61 Sitze, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) erhielt 25, der Bauernbund kam auf 16 und das Wahlbündnis aus der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) konnte 9 Sitze beanspruchen, während die USPD unter Kurt Eisner nur 3 Sitze erringen konnte.

Im ersten demokratisch gewählten Bayerischen Landtag betrug der Frauenanteil 4,4 %. Unter den 180 Abgeordneten waren auch 8 Frauen vertreten. Davon gehörten vier der BVP und jeweils zwei der SPD und der DDP an: Ellen Ammann (BVP), Aloisa Eberle (BVP), Maria Freifrau von Gebattel⁶ (BVP), Therese Schmitt (BVP), Käthe Günther (DDP), Dr. Rosa Kempf (DDP), Aurelie Deffner (SPD) und Emilie Mauerer (SPD). Insgesamt waren zwischen 1918 und 1933 19 Frauen im Bayerischen

Landtag vertreten, wobei davon fünf Frauen nur im Provisorischen Nationalrat Mitglied waren. Die Parlamentarierinnen der ersten Demokratie in Bayern gehörten folgenden Parteien an: BVP, Bayerischer Mittelpartei (BMP), DDP, SPD und KPD. Die Vertreterinnen der bürgerlichen Parteien gehörten überwiegend dem Bildungsbürgertum an und waren größtenteils Lehrerinnen. Die Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen entstammten der Arbeiterschaft und waren auch selbst überwiegend als Arbeiterinnen tätig.

Im ersten demokratisch gewählten Bayerischen Landtag gab es **ACHT weibliche Abgeordnete.**

Die ersten Frauen im Bayerischen Landtag

Trotz der relativ überschaubaren Anzahl nahmen die Parlamentarierinnen mit großem politischen Engagement ihr Mandat wahr. Sie setzten sich konsequent und nachhaltig für Bildung, Gesundheit und Soziales ein, indem sie sich über die Fraktionsgrenzen hinweg für die Verbesserung der rechtlichen Stellung der Frau, der Mädchen- und Frauenbildung, der Erwerbstätigkeit von Frauen und der Zulassung von Frauen bei Gericht als Schöffen sowie für die Gleichberechtigung stark machten. Sie kämpften auch erfolgreich für die Anstellung von Ärztinnen, die Kriegsheimkehrern weichen sollten. Die parlamentarischen Pionierinnen be-

haupteten sich aber auch in den „harten“ Politikfeldern und engagierten sich häufig in zentralen Ausschüssen wie für Verfassungsfragen, Staatshaushalt, Finanzen oder Wirtschaft.

Ausnahmepolitikerin Ellen Ammann

Der gebürtigen Schwedin und Gründerin der katholischen Bahnhofsmision sowie des bayerischen Zweiges des Deutschen katholischen Frauenbundes, Ellen Ammann⁷ (BVP), war es als einziger der ersten Parlamentarierinnen gelungen, ab 1919 bei allen Landtagswahlen ein Mandat zu erringen. Ammann gehörte dem Landtag bis zu ihrem Tod am 22. November 1932 an und war eine unermüdliche Kämpferin für die Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau sowie für den Erhalt der Demokratie. Sie war Mitglied im Verfassungsausschuss und arbeitete an der Neugestaltung der bayerischen Verfassung mit, die im August 1919 in Bamberg verabschiedet wurde. Durch ihr mutiges Handeln gelang es ihr, den Hitlerputsch von 1923 zu vereiteln. Am 8. November 1923 hatte sie erfahren, dass ein Putschversuch geplant wurde. Umsichtig berief sie den stv. Ministerpräsidenten Franz Matt und einige Landtagskollegen zu einer Lagebesprechung in die von ihr gegründete soziale Frauenschule ein. Somit konnten Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die den Putsch schnell scheitern ließen.

Ellen Ammann starb in Ausübung ihres Mandats. Unmittelbar nach einer Rede zur Verbesserung der Situation von kinderreichen Familien im Bayerischen Landtag erlitt sie einen Schlaganfall, an dessen Folgen sie kurz darauf verstarb. Sie hatte sich durch ihr soziales und politisches Engagement großes gesellschaftliches Ansehen erworben. An

den Trauerfeierlichkeiten zu ihrer Beerdigung nahmen nicht nur Ministerpräsident Held und sein Kabinett, Kardinal Faulhaber und wichtige Vertreter der Stadt München, sondern große Teile der Münchner Stadtbevölkerung teil.

NS-Herrschaft

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 beendete die aktive politische Teilhabe von Frauen und stellte einen massiven Rückschritt in der bis dahin erfolgten Entwicklung der praktizierten Partizipationsmöglichkeiten von Frauen dar. Die NSDAP hatte schon 1921 in ihren Parteistatuten beschlossen, dass Frauen weder Mitglieder der Parteiführung noch Mitglieder leitender Ausschüsse werden konnten. Vielmehr sahen die Nationalsozialisten für Frauen die Rolle als Mutter und Hausfrau als „wesensbestimmt“ vor. Im Juni/Juli 1933 wurden per Reichsgesetz alle Parteien mit Ausnahme der NSDAP verboten bzw. waren bereits vorher zerschlagen oder zur Selbstaflösung gezwungen worden.⁸

Die NS-Herrschaft **BEENDETE die aktive politische Teilhabe von Frauen.**

Nach 1945

Nach 1945 bot sich den Frauen mit dem politischen Neubeginn eine historisch einzigartige Chance. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war politisches Engagement von Frauen nicht nur er-

wünscht, sondern wurde vor allem auch gebraucht. Kriegsbedingt gab es in Deutschland mehr Frauen als Männer und so wurden sie zu einem politisch wichtigen Faktor. Viele Frauen nahmen ihr politisches Engagement, das sie bereits vor 1933 ausgeübt hatten, wieder auf. Zwei Motive waren dafür ausschlaggebend: Ein Teil von ihnen begründete die politische Tätigkeit mit dem Verantwortungsgefühl und der Notwendigkeit, die männlich geprägte Politik, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Dritten Reich, jetzt beim Neubeginn mit weiblichen Eigenschaften und Sichtweisen zu ergänzen und damit zum Gelingen der Demokratie beizutragen. „Ich sehe gerade in der Ausschaltung des weiblichen Einflusses in der Politik eine der Ursachen unseres heutigen Zusammenbruchs. (...) Wir müssen uns der Mühe und des Opfers des politischen Kampfes unterziehen“, so die Überzeugung von Maria Probst (CSU).⁹ Sie gehörte zu den fünf Pionierinnen des ersten bayerischen Nachkriegslandtags und stieg ab 1949 zu einer der wichtigsten Nachkriegspolitikerinnen des Deutschen Bundestags auf. Der andere Teil wollte die Chance des Neuanfangs nutzen, um auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau und damit auf eine veränderte Gesellschaftspolitik hinzuwirken. Schließlich gelang es Elisabeth Selbert (SPD) in Zusammenarbeit mit ihren drei Mitstreiterinnen Frieda Nadig (SPD), Helene Weber (CDU) und Helene Wessel (Zentrum), im Parlamentarischen Rat die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz festzuschreiben.

Am Wiederaufbau der Demokratie in Bayern arbeiteten Frauen erneut politisch tatkräftig mit.¹⁰ Sechs weiblichen Abgeordneten gelang es, in die Verfas-

sunggebende Landesversammlung einzuziehen. Im ersten Nachkriegslandtag von 1946 bis 1950 konnten fünf Politikerinnen ein Mandat erringen: Maria Deku, Franziska Gröber, Maria Probst und Zita Zehner, alle CSU, sowie die Sozialdemokratin Friedl Schlichtinger. Die amerikanische Militärregierung förderte die aktive Teilnahme der Frauen am politischen Leben und forderte, dass Frauen in Parteien wie auch in verschiedenen kommunalen und landespolitischen Gremien vertreten waren. So war es bei der ersten Nachkriegslandtagswahl ganz selbstverständlich, dass Frauen für einen Stimmkreis kandidierten und nicht über die Wahlliste in den Bayerischen Landtag einziehen konnten. Die kurze Zeit des politischen Aufbruchs der Frauen währte jedoch nicht lange. Mit der zunehmenden Rückkehr zur Normalität, der Wiederbelebung der Wirtschaft mit der Währungsreform von 1948 und dem in den 1950er-Jahren einsetzenden Wirtschaftswunder sowie der Heimkehr vieler Kriegsgefangener mussten die Frauen wieder in die zweite Reihe zurücktreten. Bei den Landtagswahlen von 1950 zog keine Frau mehr als Stimmkreis kandidatin, sondern nur noch über die Wahlliste ins bayerische Parlament ein. Obwohl der Frauenanteil im ersten Nachkriegslandtag nur 2,4 % betrug, war es den wenigen Politikerinnen gelungen, wichtige politische Entscheidungen anzustoßen und mitzugestalten. So gehörten zu den Erfolgen ihrer Politik beispielsweise die Erhöhung staatlicher Erziehungsbeihilfe und Invalidenrente, die Gewährung von Blindengeld, die Einführung von Renten für Kriegswitwen und Waisen, die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, der Woh-

Erst 1986 gab es mit Mathilde Berghofer-Weichner die erste bayerische Ministerin.

nungsbau für Flüchtlinge und Ausgebombte sowie die Förderung begabter Kinder aus sozial schwachen Familien.

Trotz der politischen Errungenschaften, die die Politikerinnen erzielen konnten, stellten sie nicht nur in Bayern, sondern auch auf Bundesebene bis in die 1970er-Jahre eine überschaubare Gruppe dar. In den Medien wurde von „Farbtupfern in den Parlamenten“ gesprochen. Aufgrund ihrer Unterrepräsentanz konnten sie damals nur in ausgewählten Politikfeldern wie Soziales, Gesundheit und Bildung mitgestalten. Erst im Zuge der zweiten Frauenbewegung und der Bildungsoffensive in den 1970er-Jahren kam es zu gesellschaftlichen Veränderungen, die sich ab Mitte der 1980er-Jahre auch in einem kontinuierlichen Anstieg des Frauenanteils im Bayerischen Landtag widerspiegeln. 1986 führte der Einzug der GRÜNEN ins Maximilianeum zu einem signifikanten Anstieg der Mandatsträgerinnen. Aufgrund der fünfzigprozentigen Frauenquote waren 8 der 15 GRÜNEN-Abgeordneten weiblich.

Frauen konnten in den 1980er- und 1990er-Jahren nicht nur quantitativ ihren Einfluss steigern, sondern auch auf weitere Politikfelder ausdehnen. Diese neuen Chancen für Frauen in der Politik standen in engem Zusammenhang mit der Diskussion und Einführung von parteiinternen Maßnahmen zur Frauen-

förderung. Durch die zweite Frauenbewegung der 1970er-Jahre wurden erneut Fragen der Gleichberechtigung, Quotierung und Förderung von Frauen in der breiten Öffentlichkeit thematisiert. Diese Debatten waren nun auch in den politischen Parteien angekommen und führten allmählich, jedoch mit unterschiedlichem Tempo, zu Veränderungen bei internen Rekrutierungsmaßnahmen.

Auf Regierungsebene entwickelte sich der Frauenanteil zunächst noch zögerlicher. Erst 1974 wurde Mathilde Berghofer-Weichner¹¹ zur Staatssekretärin im Kultusministerium ernannt, bevor sie 1986 als erste Ministerin das Justizressort übernahm. Ab Ende der 1980er-Jahre nahm die Regierungsbeziehung von Frauen auf Staatssekretärs- wie auch auf Ministerebene nach und nach mehr zu. So lässt sich auch auf Regierungsebene eine enge Korrelation zwischen steigender Repräsentanz von Frauen und zunehmender Übernahme von weiteren Politikfeldern feststellen. 1994 übernahm Barbara Stamm (CSU) das Sozialministerium, Ursula Männle (CSU) das Ministerium für Bundesangelegenheiten und 2007 verantwortete Emilia Müller (CSU) das Wirtschaftsministerium. Eine ähnlich langsame Entwicklung lässt sich auch im Hinblick auf die Repräsentanz von Frauen an der Spitze der Ausschüsse bzw. der Fraktionen

feststellen. Mit zunehmender Repräsentanz konnten Parlamentarierinnen nicht nur das Themenspektrum, sondern auch den Radius ihrer politischen Arbeit kontinuierlich verbreitern und nach und nach auch Führungspositionen im Bayerischen Landtag besetzen. Schließlich steht seit 2008 mit Barbara Stamm erstmals eine Präsidentin an der Spitze des Bayerischen Landtags.

... noch nicht am Ziel

Rückblickend wird deutlich, dass der Erhalt des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen 1918 eine zentrale Errungenschaft gewesen ist, denn nun konnten sie durch die politische Teilhabe aktiv an der Ausgestaltung der ersten parlamentarischen Demokratie mitwirken. Es ist jedoch gleichzeitig offensichtlich, dass damit der Kampf gegen die Ungleichbehandlung der Frau noch lange nicht zu Ende war. Die juristische Gleichberechtigung konnte in der Weimarer Verfassung noch nicht verankert werden, diese wurde erst im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1949 festgeschrieben. Allerdings sollte die familienrechtliche und zivilrechtliche Umsetzung dieses Gleichberechtigungsgesetzes weitere Jahrzehnte in Anspruch nehmen: 1958 Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes, 1977 Einführung des Partnerschaftsprinzips im Ehe- und Familienrecht. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde dieses Grundrecht 1993/1994 um den Zusatz erweitert: „Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Mit diesem Verfassungszusatz wurde auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene die Rechtsgrundlage für Gleichstellungsgesetze geschaffen.

Nach 1945 kam es zu einem kurzfristigen politischen NEUAUFBRUCH der Frauen.

Anlässlich des Jubiläums 100 Jahre Frauenwahlrecht kann durchaus eine überwiegend positive Bilanz gezogen werden, denn Frauen sind heute als politische Entscheidungsträgerinnen eine Normalität. Zudem ist es ihnen in den zurückliegenden Jahrzehnten in Zusammenarbeit mit ihren Parlamentskollegen gelungen, viele gesellschaftspolitische Änderungen durch eine allgemeine Verbesserung der rechtlichen Stellung der Frau zu erwirken. Allerdings kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch große Herausforderungen auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann zu bewältigen sind. Ein wichtiges Thema für das bereits die erste Politikerinnengeneration vor 100 Jahren gekämpft hat, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist nach wie vor aktuell und bedarf noch der Umsetzung. ///



PROF. DR. DANIELA NERI-ULTSCH
ist Hochschullehrerin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg.

Anmerkungen

- ¹ Die Forderung Olympe de Gouges, die Menschen- und Bürgerrechte auch für die Frauen gelten zu lassen, kostete sie 1793 das Leben. Vgl. zu ihrem Werk: Burmeister, Karl Heinz: Olympe de Gouges. Die Rechte der Frau. 1791, Bern u. a. 1999.
- ² Im März 1850 wurde in Preußen ein Vereinsgesetz erlassen, das „Frauenspersonen, Schülern und Lehrlingen“ die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Veranstaltungen verbot. Dieses Gesetz hielt Einzug in die meisten anderen deutschen Länder und verbot Frauen bis zur Aufhebung 1908 die Mitgliedschaft in politischen Vereinen. Schaser, Angelika: Frauenbewegung in Deutschland 1848-1933, Darmstadt 2006, S. 19.
- ³ Betroffen waren davon beispielsweise die von Louise Dittmar in Leipzig herausgegebene Zeitung „Die soziale Reform“ oder die von Mathilde Franziska Anneke publizierte Frauenzeitung in Köln. Schaser: Frauenbewegung, S. 19.
- ⁴ Allerdings war die Frauenstimmrechtsbewegung nicht homogen, sondern sprach sich für unterschiedliche Wahlrechtsformen aus. Vgl. dazu Wickert, Christl: Heraus mit dem Frauenwahlrecht, Pfaffenweiler 1990, S. 85 f.
- ⁵ Heymann, Lida Gustava / Augspurg, Anita: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940, Meisenheim an der Glan 1972, S. 166.
- ⁶ Maria Freifrau von Gebsattel rückte am 3. Juli für den ausgetretenen Abgeordneten Wilhelm Freiherr von Pechmann in den Bayerischen Landtag nach.
- ⁷ Holtmann, Gunda: Ellen Ammann – eine intellektuelle Biographie, Würzburg 2017.
- ⁸ Zur Rolle der Frau und zum Wandel des Parlaments während der NS-Zeit: Heinsohn, Kirsten: Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt 1997; Hubert, Peter: Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992.
- ⁹ Vgl. zu Maria Probst: Höpfinger, Renate (Hrsg.): Maria Probst 1902-1967, Bayerische Lebensbilder 4: Biografien, Erinnerungen, Zeugnisse, München 2017; Männle, Ursula (Hrsg.): „Weil ich so viel Not gesehen ...“. Maria Probst 1902-1967, München 2017.
- ¹⁰ Zum politischen Wirken, Leistung und Selbstverständnis der Parlamentarierinnen in Bayern nach 1945 siehe den Ausstellungskatalog: Neri-Ultsch, Daniela: „Frau Abgeordnete Sie haben das Wort!“-Frauen gestalten Politik in Bayern 1946-2016: Eine Ausstellung des Bayerischen Landtags, München 2017.
- ¹¹ Männle, Ursula (Hrsg.): Eine starke Frau in der Politik. Mathilde Berghofer-Weichner 1931-2008, München 2018.

/// Platz da: Drei Konzepte zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

FLÄCHENDRUCK IN BAYERN AUSWEGLOS? – MITNICHTEN!

SILKE FRANKE /// Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung lädt regelmäßig zu einem Runden Tisch „Flächendruck“ ein. Neben dem Informationsaustausch geht es um die Analyse der bestehenden Instrumente und die Suche nach neuen Wegen, dem Flächendruck zu begegnen. Drei aktuelle Beispiele könnten den Weg weisen: die räumliche Entwicklungsstrategie des Landkreises Fürstentum Bruck, die Innenentwicklungslotsen des Landkreises Donau-Ries und das Gewerbeflächenmanagement in der Fränkischen Schweiz.

Fläche als begrenzte Ressource

„Fläche ist eine begrenzte Ressource. Um ihre Nutzung konkurrieren unter anderem Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Verkehr, Rohstoffabbau und Energieerzeugung. Die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke soll bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha pro Tag begrenzt werden.“ So lautet das Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Was umgangssprachlich als Flächenverbrauch bezeichnet wird, heißt korrekt eigentlich Flächeninanspruchnahme durch Nutzungswechsel. Es handelt sich also um die Umwandlung insbesondere von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen (SuV). Diese umfassen auch unbebaute und nicht versiegelte Böden wie Gärten, Grünanlagen,

Sportplätze oder Friedhöfe. Flächenverbrauch ist daher nicht unbedingt mit Versiegelung gleichzusetzen.

Bayern hat als erstes Bundesland anhand von Satellitenbildern detailliert untersuchen lassen, wie hoch der Anteil der versiegelten Fläche in den bayerischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen tatsächlich ist.¹ Demnach waren die Siedlungs- und Verkehrsflächen im Freistaat im Jahr 2000

Flächenverbrauch bedeutet auch Flächeninanspruchnahme durch NUTZUNGSWECHSEL.



Aus Alt mach wieder Neu! Auch mit Sanierung kann man Platz gewinnen oder erhalten, z. B. dringend benötigten Wohnraum.

zu rund 47 % und 2015 mit gut 4.200 qkm zu rund 51 % versiegelt. Gegenüber dem Jahr 2000 hat sie durchschnittlich um 44,7 qkm pro Jahr zugenommen, was mehr als der halben Fläche des Chiemsees entspricht.

Ursachen und Folgen

Die Gründe für den Flächenverbrauch liegen im Wirtschaftswachstum, der konjunkturell bedingten regen Bautätigkeit, dem Bevölkerungswachstum und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Es gibt in Bayern einen ungedeckten Bedarf an Wohnungen und Nachfrage nach Gewerbegebieten. Und es gilt das Ziel der „gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Landesteilen“, das nicht nur den Ballungsräumen, sondern auch anderen Regionen eine Entwicklung zu-

gesteht. Allerdings ist auch zu beobachten, dass sich die Dimensionen geändert haben. Man denke da nur an die gestiegenen Ansprüche bei den Wohnungsgrößen, den Flächenbedarf von Logistikhallen oder die aktuellen Standards bei Neubauvorhaben in der Verkehrsinfrastruktur, ob Landwirtschaftsweg oder Bundesstraße.

Nicht zu vernachlässigen sind auch die Wechselwirkungen von Entwicklungen. Neue Wohngebiete erzeugen wiederum Flächenbedarfe für die Verkehrsanbindung. Entlang von Verkehrsachsen entstehen bevorzugt neue Gewerbegebiete. Ein weiterer Faktor liegt in der oft wachstumsorientierten Angebotsplanung von Gemeinden, die Flächen ausweisen, um Familien und Gewerbe anzulocken. Zum Teil kommt es bei den

Entwicklungen zu einem sogenannten „Donut-Effekt“: Während im Außenbereich auf der grünen Wiese Neubaugebiete entstehen, fehlt es an Investitionen im Ortskern, was sichtbar wird an leerstehenden Wohnungen und Geschäften oder an Gebäuden mit Sanierungs- und Modernisierungsbedarf.

Wirtschaftswachstum und gestiegene Ansprüche erzeugen zunehmend FLÄCHENNACHFRAGE.

Weitere Folgen sind

- Bodenversiegelung und Landschaftszerschneidung und damit Beeinträchtigung der so genannten „Ökosystemleistungen“ wie z. B. Klimaregulierung, Grundwasserneubildung, Hochwasserschutz und Biodiversität;
- allgemeine Umweltbelastungen wie Lärm und Luftverschmutzung sowie Verlust an naturnahen Flächen und damit Beeinträchtigung der Umfeldqualität bzw. Lebensqualität der Bewohner sowie
- Verlust an Flächen für die Landwirtschaft und damit auch für die Nahrungsmittelproduktion.

Hilfsmittel

Was können Kommunen tun? Ehe neue Flächen ausgewiesen werden, sollte geprüft werden, ob hier überhaupt ein entsprechender Bedarf vorliegt und ob dieser nicht zunächst im Innenbereich gedeckt werden kann, etwa durch Baulü-

cken, Brachflächen, Konversionsflächen oder Leerstände. Es gilt das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Für Kommunen werden dabei folgende Hilfsmittel bereitgestellt:

- Folgekostenschätzer (Bayerisches Landesamt für Umwelt LfU): Welche Folgekosten wären mit der Ausweisung eines neuen Baugebiets verbunden, z. B. für die Vorhaltung weiterer Infrastrukturen und Grünflächen?²
- Flächenmanagement-Datenbank (LfU): Mithilfe der Datenbank lassen sich Flächen, die potenziell neu bebaut werden können, erfassen und verwalten. Dazu gehören Baulücken und Brachflächen, aber auch Leerstände und Althofstellen.³
- Vitalitäts-Check (Landwirtschaftsministerium): Der Vitalitäts-Check ist ein datenbankgestütztes Analyseinstrument zur Innenentwicklung für Dörfer und Gemeinden, mit dem die bauliche, funktionale und soziale Situation erfasst wird.⁴
- Projektbeispiele für Innenentwicklung.⁵
- Auch über die interkommunale Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden können Flächen effektiver genutzt werden. Als Pionier- und Modellprojekt gilt hier z. B. die Integrierte Ländliche Entwicklung „Oberes Werntal“.⁶

Für die INNENTWICKLUNG stehen den Kommunen Hilfsmittel zur Verfügung.

Strikte Begrenzung des „Flächenfraßes“?

Das Bayerische Landesentwicklungsprogramm (LEP) greift das Thema explizit in Kapitel 3 auf, etwa durch die „Grundsätze zum Flächensparen“ (3.1.), dem Ziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ (3.2.) und den Ausführungen zur „Vermeidung von Zersiedlung“ (3.3.).⁷ Auch wenn der Flächenverbrauch in Bayern unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt, sind manchen die Formulierungen im LEP noch zu weich, wodurch aktuell eine rege Diskussion um schärfere Begrenzungsinstrumente entfacht wurde. Ein Vorschlag sieht vor, in das Bayerische Landesplanungsgesetz eine Regelung aufzunehmen, die den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf höchstens 4,7 ha/Tag fest schreibt. Ergänzend soll ein Handelssystem mit Flächenausweiserrechten eingeführt werden. Für die Gemeinden wäre dies allerdings ein radikaler Eingriff in ihre Planungshoheit, einen sehr wichtigen Kernbereich des kommunalen Selbstverwaltungsrechts (Art. 28 GG, 11 Bay. Verfg.) und würde sich auf bereits bestehende Planungen auswirken. Außerdem ist zu bedenken, dass nicht nur Kommunen Flächen benötigen. Auch für überregional bedeutsame Infrastrukturen wie z. B. ICE-Trassen werden dauerhaft Flächen „verbraucht“, was das Kontingent mindert.⁸ Zu berücksichtigen ist auch, dass die Verknappung der Fläche zu Preissteigerungen und damit zu höheren Wohnkosten führen würde.

Der Bayerische Gemeindetag hat daher eine eigene Position erarbeitet. So ließen sich durch einige wenige Ergänzungen und Änderungen im Baurecht seiner Meinung nach mehr Praxisnähe und Durchschlagskraft v. a. für die In-

nenentwicklung erzielen.⁹ Wie sollen zwischen freiwilligen Maßnahmen und Anreizen auf der einen und strengen Vorgaben und Obergrenzen auf der anderen Seite die richtigen Weichen gestellt werden? Der Umweltausschuss des Bayerischen Landtags hat jüngst Experten zu einer Anhörung eingeladen, um sich über mögliche Instrumente zum Flächensparen zu informieren. Vom Flächenbilanzcheck und Flächenfonds über interkommunale Zusammenarbeit und Flächenmanager bis hin zu einer Versiegelungsabgabe und einer Reform der Gemeindefinanzen – die Ideen waren zahlreich, genauso wie die Pro- und Contra-Argumente. Das Thema bleibt aktuell.

Es gibt zahlreiche Ideen und ANSÄTZE zum Flächensparen.

Erfreulicherweise gibt es in einigen Landkreisen bereits Initiativen, die zeigen, wie sich Akteure einstweilen mit dem Problem des Flächendrucks und dem Ziel, mit dem Flächenverbrauch sparsam umzugehen, auseinandersetzen. Drei ausgewählte Beispiele werden nachfolgend vorgestellt.

Beispiel 1: Landkreis Fürstentfeldbruck: Räumliche Entwicklungsstrategie

Anlass und Vorgehen

Die positive wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität der Landeshauptstadt München stellt die ganze Region



Die Einbindung von Bürgern wie hier im Landkreis Fürstentfeldbruck ist ein Pluspunkt.

vor Herausforderungen. Wie sollen die umliegenden Kommunen mit dem wachsenden Siedlungs- und Erholungsdruck und dem ständig steigenden Verkehrsaufkommen umgehen? Wie können sie gleichzeitig Kulturlandschaften schützen und die Belange der Landwirtschaft berücksichtigen?

Im Landkreis Fürstentfeldbruck haben sich 16 Gemeinden und Städte zusammengeschlossen, um eine gemeinsame Strategie für die weitere räumliche Entwicklung zu erarbeiten (Räumliche Entwicklungsstrategie, RES).¹⁰ Dabei wurden sie von externen Planungsbüros unterstützt. Als Pilotprojekt des Programms „Förderung von modellhaften Planungen und Untersuchungen“ erhielten sie Zuschüsse von der Obersten Baubehörde.

Im Zeitraum von Oktober 2015 bis Februar 2017 haben die Gruppen „Politik und Verwaltung“ und „Öffentlichkeit“ in mehreren Workshop-Runden

Grundlagen und alternative Zukunftsvorstellungen erörtert und schließlich eine Strategie und Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet, die diese sieben Themenstellungen betreffen:

- Landkreis innerhalb der Region positionieren;
- Landschaftsräume sichern und gebietstypisch weiterentwickeln;
- Naherholung aktivieren und aufwerten;
- Mobilität ortsverträglich gestalten;
- Vielfalt an Wohnformen schaffen;
- Landkreis als Wirtschaftsstandort fördern sowie
- Ortsbilder mit ihren Besonderheiten stärken.

„Von der Landschaft her denken“

„Dies war ein durchaus langwieriger Prozess mit kontroversen Diskussionen, nicht nur mit den Planern, sondern auch mit den Bürgern“, berichtet Michael

Schanderl, 1. Bürgermeister der Gemeinde Emmering. Ein Prozess, der interessante Ansätze hervorgebracht hat. Neu dabei ist das „Denken von der Landschaft her“. Statt lediglich zu überlegen, wo es überall Flächen für eine weitere Siedlungsausdehnung gibt, hat man zunächst Tabuzonen definiert, darunter die ohnehin geschützten Landschaftsbestandteile, aber auch identitätsstiftende Landschaftsbilder und die für Naturschutz und Naherholung wichtigen Grünverbindungen. Nur die verbleibenden Bereiche wurden als Optionsflächen dargestellt und für die zukünftige Siedlungsentwicklung herangezogen. Aus den dargestellten Potenzialflächen kann jede Gemeinde entsprechend dem Bedarf eine Auswahl treffen und Flächen entwickeln. In den vorausgegangenen 10 Jahren hatten die Orte im Schnitt ein jährliches Wachstum von 1 % verzeichnet, ca. 2.000 Einwohner pro Jahr. Diese Größenordnung wird auch weiterhin als verträglich angesehen. Somit haben sich die Beteiligten selbst einen qualitativen und quantitativen Rahmen für die weitere Entwicklung gesetzt.

Verbindlichkeit

Wie verbindlich ist diese Rahmensetzung? Im Abschlussbericht steht vorichtig formuliert: „Die Räumliche Entwicklungsstrategie dient als informeller

Unter AUSSCHLUSS von Tabuzonen wird ein Potenzialflächenplan entwickelt.

Handlungsleitfaden, der die politische Entscheidungsfindung im Bereich der Siedlungsentwicklung, der Freiraumentwicklung, der Entwicklung von Arbeitsplätzen und der Mobilität unterstützen kann. Die RES könnte auch zur Grundlage einer verbindlicheren interkommunalen Vereinbarung werden, wenn man sich darauf verständigt.“

Fakt ist: Der Landkreis ist mit einem stark urbanisierten östlichen Teil und einem noch sehr ländlich und landwirtschaftlich geprägten westlichen Teil unterschiedlich strukturiert und entsprechend unterschiedlich sind auch die Motive der einzelnen Gemeinden. Eine gewisse Verbindlichkeit ergibt sich schlichtweg aus der Tatsache, dass das Strategiepapier „auf dem Tisch“ ist und daran zahlreiche Menschen mitgewirkt haben. Da die RES in Eigeninitiative erarbeitet wurde, ergibt sich daraus auch eine größere Selbstverpflichtung.

Für Bürgermeister Schanderl hat das übergemeindliche Vorgehen weitere Vorteile: „Ein gemeinsam abgestimmtes Konzept bietet den Gemeinderäten eine klare Orientierung und ermöglicht ihnen, sich nach außen klug zu positionieren. Der gemeinsame Weg ist auch kostengünstiger als jeweils eigene Konzepte und Prozesse im Alleingang anzugehen. Der Wissenstransfer und die Einbindung von weiteren Akteuren und Bürgern zählen ebenfalls zu den Pluspunkten.“

Beispiel 2: Landkreis Donau-Ries: Innenentwicklungs-Lotsen

Ein Schlüssel für das Flächensparen ist der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“. Das bedeutet: Ehe neue Bauvorhaben auf der „grünen Wiese“ umgesetzt werden, gilt es zu prüfen, welche Potenziale im Innerortsbereich genutzt

Ein GEMEINSAMES Konzept gibt klare Orientierung und Profilierung.

werden könnten, etwa Brachflächen oder Leerstände. Genau dies unterstützt der Landkreis Donau-Ries mit verschiedenen Serviceleistungen, die über das Konversionsmanagement angeboten und durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat gefördert werden.

Konversionsmanagerin Barbara Wunder erklärt: „2014 haben sich 6 Gemeinden an dem Pilotprojekt beteiligt, inzwischen sind es 27. Dies zeigt, dass das Projekt ankommt und viele Bürgermeister für dieses Thema sensibilisiert sind.“ Für den Erfolg spielt das offensive Vorgehen des Landkreises eine große Rolle. Über die Initiierung hinaus ist das laufende, begleitende Projektmanagement eine große Entlastung für die Gemeinden. So erhalten sie immer wieder neue Ideen, fachliche Impulse für die Innenentwicklung und Leitfäden für weitere Schritte im kommunalen Flächenmanagement. Den Gemeinden und Bauherren stehen Infomappen und Werbematerial sowie eine Checkliste und eine detaillierte Arbeitshilfe zur Verfügung.¹¹

Darüber hinaus erhalten die zuständigen Mitarbeiter der Gemeinden Schulungen, meist Mitarbeiter von Verwaltung und Bauamt oder die Amtsleiter und Bürgermeister selbst. Dabei geht es nicht nur um den Umgang mit den Flächen-Datenbanken. Ein weiteres inter-

essantes Projekt ist die Schulung als „Innenentwicklungslotsen“, die folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Beratung von Eigentümern sowie Interessenten und Bauwilligen;
- Begleitung bei der Umsetzung ihrer Projekte (Infos über Beratungs- und Genehmigungsabläufe, Kontakt zu wichtigen Anlaufstellen und Ansprechpartnern wie Landratsamt, Architekten, Handwerkern) und
- Sensibilisierung unterschiedlicher Zielgruppen zur Innenentwicklung.

Projektmanagement und Schulungen zu INNENENTWICKLUNGSLOTSEN unterstützen die Gemeinden.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist die begleitende Öffentlichkeitsarbeit, die ebenfalls das Konversionsmanagement übernimmt. Der überwiegende Teil der Baulücken und Leerstände liegt in Gebieten, in denen es bereits Bebauungspläne gibt. Planungs- und baurechtliche Schritte sind also nicht erforderlich, um das Potenzial dieser Flächen zu heben. Allerdings befinden sie sich in der Regel im Privateigentum. „Die gezielte Ansprache der Eigentümer und eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit parallel dazu sind die wichtigsten Bausteine einer aktiven Innenentwicklungsstrategie“, so Wunder, die dabei auf positive Erfahrungen verweisen kann: „Im Zeitraum 2015/2016 haben vier Modellgemeinden eine systemati-

sche Eigentümerbefragung bei Baulücken durchgeführt. Die Rücklaufquote lag bei Werten zwischen 54 % und 65 % – das sind sehr gute Werte.“

Als weiterer ganz konkreter Erfolg konnten in drei Gemeinden über 40 Leerstände und Brachflächen ermittelt werden, von denen inzwischen 35 verkauft wurden. Wunder freut sich über den Erfolg: „Damit haben wir ein großes Baugebiet im Landkreis Donau-Ries eingespart.“

Beispiel 3: Fränkische Schweiz: Gewerbeflächenmanagement

Im „Wirtschaftsband A 9 Fränkische Schweiz“ kooperieren seit 2006 insgesamt 18 Gemeinden aus zwei Landkreisen im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE), die vom Amt für Ländliche Entwicklung fachlich und finanziell unterstützt wird. Die Bundesautobahn A 9 führt fast mittig durch das Gebiet und war neben dem Naturraum „Fränkische Schweiz“ Namensgeber für den interkommunalen Zusammenschluss.¹²

Problem: „Bestens erschlossene Wiesen“

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen wegen der Nähe zur Autobahn ist vorhanden. Doch Angebot und Nachfrage passen oft nicht zusammen, wie Umset-

zungsmanager Michael Breitenfelder berichtet. So waren in manchen Gemeinden die attraktiven Flächen bereits erschöpft, während andere Gemeinden an eher problematischen Standorten Flächen ausgewiesen hatten. Breitenfelder sieht dies kritisch: „Die Gefahr ist, dass das dann bestens erschlossene Wiesen sind – aber ohne Konzepte und Rendite.“ Neben den steigenden Kosten der Gewerbeflächenentwicklung ist auch der ungebremste Flächenverbrauch kritisch zu sehen.

So entstand die Idee, ein gemeinsames Gewerbeflächenmanagement zu betreiben. Umsetzungsmanager Michael Breitenfelder führt weiter aus: „Die meisten interkommunalen Gewerbegebiete werden allerdings an der gemeinsamen Gemeindegrenze realisiert, d. h. als Neuerschließung auf der grünen Wiese. Wir wollten einen neuen Weg gehen und ein Modellprojekt starten.“ Dabei erhielten sie Zuschüsse von der Obersten Baubehörde.

Idee: Ein gemeinsamer Flächen-Pool

Die sich beteiligenden Gemeinden bringen ihre Gewerbeflächen und Ausgleichsflächen in einen virtuellen Flächen-Pool ein, der gemeinsam vermarktet wird. Dafür erhalten sie Pool-Anteile. Zunächst galt es, von 2009 bis 2011 die Idee mithilfe externer Experten konzeptionell auszuarbeiten. Zusätzlich wurde ein Beirat ins Leben gerufen, der das Projekt fachlich begleitete, darunter z.B. Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Regierung von Oberfranken, der beiden Landratsämter und Wissenschaftler.

So vorbereitet, wurde schließlich das Gewerbeflächenpotenzial analysiert und anhand einer Matrix bewertet. Die

Matrix berücksichtigte z. B. die Anbindung an Infrastruktur oder die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Die Bewertung erfolgte durch eine Bewertungskommission, u. a. Vertreter der Regierung von Oberfranken, der Unteren und Höheren Naturschutzbehörde und der Sparkassen. An dem Gewerbeflächenpool beteiligten sich von den 18 Mitgliedsgemeinden des Wirtschaftsbandes A9 schließlich fünf Städte und Gemeinden. Als Rechtsform wurde das Kommunalunternehmen AÖR gewählt, das 2011 gegründet wurde.

Die beteiligten Gemeinden bringen ihre Flächen in einen gemeinsamen POOL ein.

Funktionsweise des Pools

Die Kommunen bringen ihre Gewerbeflächen in einen gemeinsamen Pool ein. Dabei handelt es sich um den Bestand, nicht um Neuausweisungen. Aus der Wertigkeit der Flächen ergibt sich der Anteil jeder Kommune am Pool. Die Poolflächen werden über eine Agentur vermarktet. Dabei bleibt jede Gemeinde „Herr“ ihrer Flächen, es gibt also kein „Preisdiktat“. Über das interkommunale Kompensationsmanagement können den Investoren die notwendigen Ausgleichsflächen gleich mit angeboten werden. Die eingenommene Gewerbesteuer wird entsprechend der Poolanteile auf die Gemeinden aufgeteilt. Diese Aufteilung wird in einer separaten Zweckvereinbarung geregelt. Die Finan-

zierung der Vermarktungsaktivitäten erfolgt über Anteile aus den Flächenverkäufen und einen Vermarktungskostenbeitrag

Die „Pool-Anteile“ sind Grundlage für die Verteilung möglicher Verkaufserlöse und weiterer Einnahmen an die Mitgliedsgemeinden und zwar unabhängig von der konkreten Standortwahl potenzieller Investoren im ILE-Gebiet. Kleine Gemeinden, teilweise ohne eigene gewerbliche Entwicklungsmöglichkeiten, profitieren so von der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesamtregion. Darüber hinaus wird eine Reduzierung des Flächenverbrauchs durch die Vermeidung überdimensionierter Gewerbegebietsausweisungen erreicht.¹³

Diese drei Konzepte zeigen jeweils eigene, kreative und überzeugende Wege, dem Flächendruck zu begegnen. Gemeinsam ist ihnen das interkommunale Vorgehen. Es erleichtert die Erfassung der notwendigen Daten und Basisinformationen sowie den Zugang zu Fördergeldern und Hilfsmitteln. Darüber hinaus ist es ein Verdienst all jener, die sich auf solche Formen der Zusammenarbeit einlassen. Denn sie versuchen mit Weitblick Entwicklungen aufeinander abzustimmen und sich dabei selbst Ziele wie auch Grenzen zu setzen. Da keine Gemeinde dabei auf sich alleine gestellt ist, stärkt das ihre Position, wenn es z. B. darum geht, mit Pri-

Die INTERKOMMUNALE Vorgehensweise stärkt die Position aller Beteiligten.

In der Fränkischen Schweiz gibt es ein **MODELLPROJEKT** zum gemeinsamen Gewerbeflächenmanagement.

vateigentümern oder Wirtschaftsvertretern zu verhandeln. Diese Beispiele könnten wegweisend für weitere Initiativen und interkommunale Zusammenarbeit sein. ///



/// **SILKE FRANKE, DIPL. GEOGR.**

ist Referentin für Umwelt, Energie, Städte, Ländlicher Raum der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hans-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

- ¹ Informationen, wie groß der Flächenverbrauch ist, finden sich hier: Flächenverbrauchsbericht <http://www.stmuv.bayern.de/themen/boden/flaechen-sparen/verbrauchsbericht.htm> (Bayerisches Umweltministerium); Ökoflächenkataster https://www.lfu.bayern.de/natur/oefka_oeko/index.htm LfU – Bayerisches Landesamt für Umwelt; Erhebung der Bodenversiegelung <https://www.lfu.bayern.de/umweltkommunal/flaechenmanagement/versiegelung/index.htm> (LfU)
- ² <https://www.lfu.bayern.de/umweltkommunal/flaechenmanagement/folgekosten-schaetzer/index.htm>
- ³ <https://www.lfu.bayern.de/umweltkommunal/flaechenmanagement/fmdb/index.htm>
- ⁴ <http://www.stmelf.bayern.de/landentwicklung/dokumentationen/143028/index.php>
- ⁵ Infoportal Ländlicher Raum und Landentwicklung: <https://www.infoportal-land.de/projekte/>; Projekte der Städtebauförderung: <http://www.stmi.bayern.de/buw/staedtebaufoerderung/projekte/index.php>
- ⁶ <http://www.stmelf.bayern.de/landentwicklung/beispiele/066168/index.php>
- ⁷ <https://www.landesentwicklung.bayern.de/instrumente/landesentwicklungsprogramm/landesentwicklungsprogramm-bayern-lep/>
- ⁸ So die Argumentation des Gemeindetags. Im Planspiel Flächenhandel, einem F+E Vorhaben im Auftrag des Umweltbundesamtes, kann man testen, wie viele Zertifikate für die Ausweisung von Flächen im Außenbereich eine einzelne Gemeinde entsprechend dem deutschen Nachhaltigkeitsziel von 30 ha/ Tag bekommen würde, <http://www.flaechenhandel.de/>
- ⁹ Minderung der Flächeninanspruchnahme, 14.2.2018, <https://www.bay-gemeindetag.de/Presse/PositionspapierzumFlaechenverbrauch.aspx>
- ¹⁰ PPT-Folien siehe https://www.metropolregion-muenchen.eu/fileadmin/user_upload/2014_Webseite_neu/07_Verein_Projekte/Projekte/Metropolkonferenz/Metropolkonferenz_2017_Dr._Schanderl.pdf; weitere Informationen bei <http://www.lra-ffb.de/lra/bau/klimaschutz/struktur-home.shtml>; Schlussbericht siehe http://www.lra-ffb.de/pdf/Klimaschutz/SuPa/170208_ffb_abschlussbericht.pdf
- ¹¹ Download bei www.donauries.bayern/wohnen
- ¹² In der ILE wurden auch weitere Projekte angegangen, etwa die Wirtschafts- und Juniorakademie (Unterstützungsangebote für Schüler beim Übergang ins Berufsleben), der Ausbau des Radwege- und Kernwegenetzes, Erstellung eines Energiekonzeptes oder das Kompensationsflächenmanagement; weitere Informationen: <http://wirtschaftsbanda9.de/>
- ¹³ Thümmler, Manfred / Winkler, Lothar: Integrierte Ländliche Entwicklung in der Praxis – am Beispiel der ILE Wirtschaftsband A9 – Fränkische Schweiz, in: DVW-Mitteilungen 2011/3; Folien zum Gewerbeflächenpool A9 siehe http://www.bole.bgu.tum.de/fileadmin/w00brh/www/PDFs/Allgemein/BOT_2014/BOT14_06_Maier.pdf

/// Korea entspannt sich

GIPFELDIPLOMATIE IN KOREA

BERNHARD SELIGER /// Rasante Veränderungen in Korea: Erstmals treffen sich mit Donald Trump und Kim Jong-Un ein amtierender US-Präsident und ein nordkoreanischer Staatsführer und versprechen die komplette Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Doch wird die Realität halten, was das Gipfelspektakel versprach?

Ein hektisches Gipfelhalbjahr

Die Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel überschlugen sich derzeit, und zwar in eine Richtung, die es so seit über zehn Jahren nicht mehr gegeben hat und die vor allem nach der kontinuierlichen Verschlechterung der Lage seit Anfang 2016 so nicht zu erwarten war: nämlich zum Besseren. Nach zwei Atomtests 2016 und mehr als 15 Raketenstarts und einem Atomtest alleine 2017 war die Überraschung perfekt, als der nordkoreanische Führer Kim Jong-Un in seiner Neujahrsansprache zum ersten Mal eine Friedensofferte machte und eine Teilnahme Nordkoreas an der Winterolympiade in Pyeongchang in Südkorea in Aussicht stellte. Dem waren inoffizielle Gespräche von Nord- und Südkorea über die Teilnahme an der Olympiade schon Ende 2017 vorausge-

gangen. Zur Winterolympiade wurde dann nicht nur im Frauen-Eishockey ein gemeinsames Team aus Nord- und Südkoreanerinnen aufgestellt, es kam auch zu Kulturveranstaltungen beider Seiten und vor allem zu hochrangigen Besuchen aus Nordkorea, darunter der Schwester und Vertrauten von Kim Jong-Un, Kim Yo-Jong.

Dies war der Beginn einer beispiellosen Gipfeldiplomatie Nordkoreas, die sich stärker von dem zurückgezogenen Führungsstil von Kim Jong-Uns Vater Kim Jong-Il sowie den ersten Jahren der Isolation Nordkoreas unter Kim Jong-Un von 2011-2017 nicht unterscheiden könnte. Nachdem zunächst ein Gipfeltreffen mit Südkorea vereinbart wurde, machte den Auftakt ein Besuch Kim Jong-Uns in Peking, wo er Ende März 2018 mit allen Ehren zu einem dreitägi-



Menschen drängen sich in der U-Bahn-Station von Pjöngjang um einen Zeitungsbericht, der Bilder vom historischen Treffen zwischen Kim Jong Un und Donald Trump im Juni 2018 zeigt.

gen Staatsbesuch empfangen wurde. Für China war das ein wichtiger Erfolg, hatte doch die auch von China mitgetragene Sanktionspolitik gegen Nordkorea zu einer Entfremdung der beiden früheren Waffenbrüderstaaten geführt und war die Annäherung an Südkorea und sogar die USA ab Anfang 2018 auch als ein Affront gegen China gesehen worden. Plötzlich war Kim Jong-Un wieder als Juniorpartner Chinas zu sehen. Symbolisch wurde das offenbar im chinesischen Staatsfernsehen, als Präsident Xi Jing-Ping eine Rede hielt und Kim Jong-Un sich Notizen dazu macht. Im April reiste der damalige

CIA-Direktor und jetzige amerikanische Außenminister Mike Pompeo zum ersten Mal nach Nordkorea, um die Freilassung dreier Amerikaner aus Nordkorea zu verhandeln und die Chancen für weiterreichende Entspannung auszuloten. Am 27. April kam es zum ersten Gipfeltreffen von Kim Jong-Un mit dem südkoreanischen Staatspräsidenten Moon Jae-In. Nur eine Woche später reiste Kim Jong-Un erneut nach China, in die Grenzstadt Dalian, um den chinesischen Präsidenten Xi Jing-Ping über seine Gespräche mit dem südkoreanischen Kollegen zu informieren.

Nachdem die erste Ankündigung eines Gipfeltreffens von Kim Jong-Un und Donald Trump – verkündet vom südkoreanischen Sicherheitsberater Chung Eui-Yong nach einem Treffen im Weißen Haus in Washington im März 2018 – eine Sensation war, kam es bei der Verhandlung der Gipfeldetails zu Problemen. Nordkorea fühlte sich plötzlich von den gemeinsamen Militärmanövern zwischen den USA und Südkorea provoziert, obwohl Kim Jong-Un kurz zuvor noch zugesagt hatte, diese als defensiv zu verstehen. Die USA fühlten sich dupliert, als sich die nordkoreanische Verhandlungsdelegation nicht an Absprachen hielt. Trump sagte kurzerhand das Gipfeltreffen mit Nordkorea ab, ließ aber noch eine Möglichkeit zu Weiterverhandlungen offen. Wiederum war es ein überraschendes Gipfeltreffen von Kim Jong-Un mit seinem südkoreanischen Kollegen Moon Jae-In Ende Mai 2018, auf dem ein drohendes Scheitern des Gipfels mit den USA abgewendet wurde. Und so kam es am 12. Juni 2018 zum historischen ersten Gipfeltreffen eines nordkoreanischen Führers mit einem amerikanischen Präsidenten überhaupt, auf dem beide Seiten ein Ende der jahrzehntealten Feindseligkeiten und eine vollständige Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel in Aussicht stellten. Wie um nochmals auf die besondere Rolle Chinas hinzuwei-

Im Juni 2018 kommt es zum historischen **GIPFELTREFFEN** zwischen Nordkorea und den USA.

sen, fand eine Woche darauf das dritte Treffen Kims mit dem chinesischen Präsidenten Xi in Peking statt.

Jetzt stehen ein formales Ende des Koreakriegs, der ja bisher nur mit einem Waffenstillstand endete, eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und eine weitreichende innerkoreanische Kooperation zur Verhandlung. China hat bereits damit begonnen, seine unilateralen Sanktionen aufzuheben und scheint auch die internationalen Sanktionen nur noch sehr lax zu implementieren. Ist der Korea-Konflikt nach all den Jahrzehnten endlich gelöst, steht gar die koreanische Wiedervereinigung ins Haus? Die jetzige Entspannungsphase ist nicht die erste, und es mag sich lohnen, nochmals zurückzuschauen, woran die erste große Entspannungsphase gescheitert ist. Blicken wir also zurück...

Entspannungspolitik und Eskalation in den Jahren zwischen 1998-2018

Die jetzige Entspannungsphase ist nicht die erste ihrer Art und die Tatsache, dass Nordkorea seit den 1980er-Jahren bereits mehrfach angekündigt hat, sein Atomprogramm gar nicht erst zu entwickeln bzw. zu beenden, ist ein Hauptgrund für die Skepsis, die den jetzigen Friedensbeteuerungen Nordkoreas entgegenschlägt. Nachdem bereits Anfang der 1990er-Jahre die Weltöffentlichkeit zum ersten Mal starke Sorgen wegen des nordkoreanischen Atomprogramms hatte, kam es 1994 zu einer Übereinkunft, die friedliche Nutzung der Atomenergie in Form eines von der internationalen Gemeinschaft zu errichtenden Leichtwasserreaktors in Nordkorea zu unterstützen im Gegenzug für ein Einfrieren seines Atomprogramms. Dieses

sogenannte Genfer Abkommen scheiterte aber und 2002 wurde offenbar, dass Nordkorea die Zeit des Einfrierens genutzt hatte, heimliche neue Formen der Urananreicherung zu entwickeln.

Auch die Versuche, durch innerkoreanische Annäherung einen internationalen Friedensprozess zu unterstützen, sind nicht neu. Insbesondere gab es von 1998 bis 2008 die Phase der sogenannten Sonnenscheinpolitik, mit der Südkorea Nordkorea umgarnen wollte, um es zu einer friedlicheren Außenpolitik zu bringen.* In dieser Zeit, unter den Präsidenten Kim Dae-Jung, dem Architekten dieser Politik, und Roh Moo-Hyun, wurden mit Großprojekten wie der Sondertourismuszone im Kumgang-Gebirge und der Sonderwirtschaftszone in Kaesong im innerkoreanischen Grenzgebiet Schritte in Richtung auf Entspannung und Kooperation gemacht, die vorher auf der koreanischen Halbinsel undenkbar schienen. Mit seiner „Berliner Rede“ vom März 2000 eröffnete der südkoreanische Präsident Kim Dae-Jung zum ersten Mal eine Friedensperspektive für die koreanische Halbinsel und am 15. Juni 2000 fand der erste Nord-Süd-Gipfel in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang statt, auf dem weitreichende, vorher undenkbare Kooperationen vereinbart wurden. Infolgedessen wurde Südkoreas Präsident Kim Dae-Jung, der auch ein renommierter Demokratieaktivist in Südkorea war, im Jahr 2000 auch der Friedensnobelpreis verliehen.

Leider hatte die Sonnenscheinpolitik einen Geburtsfehler, von dem sie sich nie ganz erholen sollte: Erst Jahre später wurde bekannt, dass der Gipfel mit Kim Jong-Il nur zustande kam, weil vorher am Parlament und der Öffentlichkeit vorbei mehrere hundert Millionen US-

Dollar auf Konten von Nordkoreas Regime geflossen waren. Und trotz wirtschaftlicher Großprojekte und riesiger Hilfslieferungen, u. a. hunderttausende Tonnen Dünger für die zusammengebrochene nordkoreanische Staatsagrarswirtschaft, konnten die militärischen Spannungen nur teilweise abgebaut werden. Immer wieder provozierte Nordkorea Zwischenfälle, vor allem die Seegefechte 1999 und 2002 an der von Nordkorea nicht anerkannten Seegrenze im Gelben Meer. Aber auch das Atomprogramm, das offiziell nie Gegenstand der Sonnenscheinpolitik war, implizit aber schon, konnte durch die innerkoreanische Annäherung nicht aufgehalten werden. Mitten in die Phase der Sonnenscheinpolitik fällt die entscheidende Entwicklung des Atomprogramms: mit dem ersten Atomtest 2006 und einer kontinuierlichen Entwicklung des Raketenprogramms. Obwohl gleichzeitig die südkoreanische Regierung jede Kritik an Nordkorea vermied und zum Beispiel die staatlich beeinflussten Medien versuchten, über die Menschenrechtssituation in Nordkorea gar nicht erst zu berichten, wurde die Öffentlichkeit im Laufe der Zeit immer skeptischer, was den Erfolg der Sonnenscheinpolitik angeht. Präsident Roh Moo-Hyun konnte zwar im Oktober 2007, kurz vor Ende seiner Amtszeit, in einem zweiten Gipfeltreffen, wiederum in Pjöngjang, große Ankündigungen über neue Koopera-

Mit der **SONNENSCHNEINPOLITIK** wollte Südkorea Nordkorea umgarnen.

tionsprojekte machen, aber da war die Stimmung im südkoreanischen Wahlkampf schon deutlich umgeschwenkt, und ein Kandidat der konservativen Kräfte, Lee Myung-Bak, gewann die Präsidentschaftswahlen deutlich.

Nach zehn Jahren der Entspannungspolitik schien am Jahreswechsel 2007/ 2008 die Zeit für eine kritische Würdigung der Sonnenscheinpolitik gekommen. Diese sollte nach Vorstellungen von Lee Myung-Bak, dem neuen Präsidenten, eine stärkere „Reziprozität“ beinhalten. Man wolle, anders als in den vergangenen zehn Jahren, auch Gegenleistungen für die großzügigen Hilfsleistungen aus dem Süden, z. B. im Bereich der Menschenrechte und der Öffnung Nordkoreas. Dabei orientierte sich Südkorea etwa an der ähnlichen konservativen Re-Evaluierung der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in Deutschland, als Helmut Kohl 1981 Bundeskanzler wurde und etwa den vorher geschmähten „Bericht zur Lage der geteilten Nation“ wieder einführte. Vor allem das Thema der Menschenrechte in Nordkorea fand nun eine weit größere Beachtung im Süden, blieb aber ein Zankapfel von Linken und Rechten. Der Plan einer moderaten, kritischeren Nordpolitik scheiterte allerdings.

Im Sommer 2008 erlitt Kim Jong-Il, der nordkoreanische Führer, einen Schlaganfall, von dem er sich nie wieder erholte. Danach zeigte sich in voller Härte die Änderung, die das Regierungssystem Nordkoreas durch die sogenannte „Militär-zuerst-Doktrin“ unter Kim Jong-Il erfahren hatte: Nordkorea, unter dem früheren Präsidenten und Staatsgründer Kim Il-Sung orthodox kommunistisch von der Partei der Arbeit unterhalb dem absoluten Führer

regiert, erlebte nun eine Dominanz des Militärs, das jede Kritik Südkoreas an der auch von ihr eigentlich ungeliebten Sonnenscheinpolitik zum Anlass nahm, im Gegenzug militärisch zu eskalieren. Der Tod einer Touristin führte zur Schließung des Tourismusprogramms im Kumgang Gebirge, das der konservativen Regierung Südkoreas wegen großzügiger unkontrollierbarer Geldtransfers nach Nordkorea ohnehin nie geheimer gewesen war. Im Gelben Meer versenkte Nordkorea im März 2010, nach einem für Nordkorea ungünstig ausgehenden Seegefecht 2009, eine südkoreanische Korvette durch Minenexplosion, wobei 46 Seeleute starben. Später wurde eine südkoreanische Insel mit Artillerie beschossen. Auch die neuerlichen Atomtests von 2009 und 2013 waren die Folge steigender Spannungen, obwohl immer wieder, zuletzt 2007 und 2009, internationale Verhandlungen mit

Nordkoreas **ATOMTESTS** erhöhten die Spannungen und führten zu Sanktionen.

Nordkorea einen Stopp oder ein Ende des Atomprogramms vorsahen. Der letztere Test fiel schon in die Phase der Präsidentschaft der gerade neu gewählten Präsidentin Park Geun-Hye. Auch diese hatte als Kandidatin in einem vielbeachteten Artikel für die Zeitschrift Foreign Policy zunächst eine moderate Nordkoreapolitik angekündigt, die aber wegen der beschleunigten Atom- und

Raketentrüstung Nordkoreas nie wirklich implementiert wurde.

Die zunehmenden Spannungen nach dem Ende der Sonnenscheinpolitik führten auch zu einem parallelen Niedergang der Kooperation mit Nordkorea. Die internationale Gemeinschaft antwortete auf jeden erneuten Atomtest und den Test von Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen mit stärkeren Sanktionen. Richtig wirksam wurden diese jedoch erst, als eine Mischung aus stärkerem amerikanischem Druck unter dem neuen Präsidenten Donald Trump und immer größerer Sorge über einen akuten militärischen Konflikt auch China und Russland sich seit 2017 ernsthaft an den Sanktionen beteiligten. Im innerkoreanischen Verhältnis führten die Spannungen jeweils zu dem Ende von Kooperationsprojekten; 2010 wurde nach der Versenkung der Korvette „Cheonan“ der gesamte Handel außer in der Sonderwirtschaftszone Kaesong ausgesetzt; mit der Schließung dieses letzten Prestigeprojekts kurzfristig im Jahr 2013 und endgültig 2016 war die Sonnenscheinpolitik quasi tot. Aber auch die Politik der konservativen Präsidenten Lee Myung-Bak und Park Geun-Hye hat die weitere Aufrüstung Nordkoreas nicht verhindern können. Schließlich kam es im Zuge des Korruptionsskandals der Regierung von Park Geun-Hye zu ihrer Amtsenthebung. Der frühere Mitarbeiter von Präsident Roh Moo-Hyun, Moon Jae-In, wurde neuer südkoreanischer Präsident und versprach auch eine neue Form der Annäherung an den Norden: Dies sollte aber explizit keine Neuauflage der Sonnenscheinpolitik werden, sondern eine modifizierte Politik, die militärische Härte gegenüber Nordkorea mit dem Angebot einer Öffnung verband, die gar

nicht so anders war als die ursprüngliche Konzeption der Nordkoreapolitik unter Lee Myung-Bak.

Die Gipfeltreffen – viel Symbolik, doch wenig Konkretes

Das Gipfeltreffen von Präsident Moon Jae-In aus Südkorea mit dem nordkoreanischen Führer Kim Jong-Un vom April 2018 wurde in der südkoreanischen Presse, aber auch international als „historisch“ und „Beginn einer neuen Ära“ gelobt. Die südkoreanische Regierung selber hat mit dem Wort von der „neuen Ära des Friedens“, die jetzt beginne, den Ton angegeben. Tatsächlich hat es an symbolischen Worten und Gesten nicht gemangelt. Allerdings wird erst die Praxis der Abrüstungsverhandlungen und die Praxis der innerkoreanischen Beziehungen zeigen, ob nicht – wie schon 2007, als ähnlich hehre Erklärungen das Gipfeldokument beider Seiten zierten – die neue Ära auf tönernen Füßen steht. Als am Freitag, 27. April, um 9.30 Uhr der nordkoreanische Führer Kim Jong-Un in Panmunjom die Grenze überschritt, war das tatsächlich ein historischer Schritt. Denn noch nie hatte ein nordkoreanischer Führer nach dem Ende des Koreakriegs den Schritt nach Süden gewagt und die beiden ersten Gipfeltreffen von Nord- und Südkorea im Juni 2000 und im Oktober 2007 hatten beide in Pjöngjang stattgefunden. Den

Symbolischen Worten und Gesten müssen TATEN folgen.

ganzen Tag lang trafen sich die beiden Staatschefs, teils mit Begleitung, teils alleine. Zu den Delegationen, angeführt von den beiden Staatschefs, gehörten hochrangige Offizielle aus Regierungen und Militär. Abends wurde dann feierlich eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

Das Gipfeltreffen, dessen Beginn live im südkoreanischen Fernsehen übertragen wurde, war durch viele, teils überraschende Gesten geprägt: Kim Jong-Un gab sich, wie schon bei manchen vorherigen Treffen im internationalen Rahmen, relativ locker. So scherzte er, der südkoreanische Präsident brauche nicht mehr besorgt darüber zu sein, morgens

Es gibt internationales LOB für eine neue Ära des Friedens zwischen Nord- und Südkorea.

früh geweckt zu werden – eine Anspielung auf die regelmäßigen Treffen des südkoreanischen Nationalen Sicherheitsrats nach den vielen Raketen- und Atomtests Nordkoreas der letzten Jahre, die immer am frühen Morgen stattfanden. Auch versicherte er, er werde auf Einladung Moons „jederzeit“ ins Blaue Haus, den südkoreanischen Präsidentenpalast, kommen.

In der feierlichen Abschlusserklärung wurde die „komplette Denuklearisierung“ der koreanischen Halbinsel festgeschrieben – ein großer Schritt, wenn man bedenkt, wie rigoros Nordkorea den Weg zur Nuklearmacht be-

schrritten hat; u.a. wurde Nordkoreas Nuklearmacht in die Verfassungsänderung von 2013 aufgenommen! Die komplette Denuklearisierung klingt auch an die „complete, verifiable, irreversible denuclearization“ (CVID) an, die die USA seit Jahren fordern. Beide Koreas bekräftigten zudem die Absicht, niemals Krieg auf der koreanischen Halbinsel anzufangen und an einem Friedensvertrag arbeiten zu wollen. U.a. soll in Kaesong ein Liaison-Büro beider Seiten eröffnet werden, das bei einer guten Entwicklung vielleicht einmal eine Rolle übernehmen kann wie die Ständigen Vertretungen, die West- und Ostdeutschland in der Zeit der Teilung unterhielten. Alle feindseligen Akte (dazu gehören z.B. Flugblattaktionen, Radio-propaganda etc.) sollen eingestellt werden. Wichtige Gedenktage für den Frieden beider Seiten, etwa das Gedenken an das Gipfeltreffen von Kim Dae-Jung und Kim Jong-Il am 15. Juni 2000, sollen gemeinsam gefeiert werden. Bei Sportveranstaltungen wie den Asian Games soll es gemeinsame Teams geben. Schließlich sollen die im Gipfeltreffen von 2007 festgeschriebenen Wirtschaftsprojekte, wozu u.a. eine zweite gemeinsame Wirtschaftszone in Haeju gehören, weiterverfolgt werden, und damit natürlich implizit, wenn auch nicht genannt, auch die Sonderwirtschaftszone Kaesong selber. Gemeinsame Infrastrukturprojekte sollen mit der Modernisierung von Straßen- und Eisenbahnverbindungen beider Seiten, vor allem der Eisenbahn von Kaesong über Sinuiju nach China, beginnen. Die Grenzzone im Gelben Meer, die so genannte Northern Limit Line, die von Nordkorea nicht anerkannt wird und die zu dauernden militärischen Zwischenfällen geführt hat, soll

zu einer gemeinsamen Friedens- und Wirtschaftszone werden.

All das klingt sehr gut, doch muss man abwarten, wie es umgesetzt wird. Das Ziel eines umfassenden Friedens war schon 2007 im Gipfeldokument festgeschrieben, wurde aber, wie oben beschrieben, nie erreicht. Die komplette Denuklearisierung ist ebenfalls ein Ziel, was stark von der jeweiligen Interpretation beider Seiten abhängt: Südkorea hat selber keine Atomwaffen und amerikanische Atomwaffen wurden vor langer Zeit aus dem Land geschafft. Allerdings steht Südkorea unter dem „nuklearen Abwehrschirm“ der USA. Heißt das, dass die USA ihre Allianz mit Südkorea aufkündigen müssen – ein lang-ersehntes Ziel Nordkoreas – oder ihre Atomwaffen aus ihren Militärbasen wie Guam verbannen müssen? Nordkorea hat, das wurde in den Gipfelgesprächen deutlich, wohl eine Art der phasenweisen Abrüstung („ein Geben und Nehmen“) im Sinn. Dies hat in der Vergangenheit stets nicht funktioniert. Ein phasenweiser Prozess würde unweigerlich zunächst die Aufgabe oder den schrittweisen Abbau von Sanktionen beinhalten und damit dann weitere Schritte aus Sicht Nordkoreas vielleicht unnötig machen. Die ökonomischen Projekte des Gipfels klingen gut, sind aber völlig abhängig von der Aufgabe eben jener Sanktionen. Es hängen also noch viele Fragezeichen über den Gipfelvereinbarungen.

Während die innerkoreanische Annäherung nach dem Kim-Moon-Gipfel schon zu etlichen Folgetreffen, u.a. für Familienzusammenführungen, militärische Entspannung und Eisenbahn- und Transportkooperation geführt und weitere Fachtreffen unmittelbar bevorstehen, etwa im Forstbereich, kann die Frage der

Nuklearabrüstung nur zwischen den USA und Nordkorea gelöst werden. Würde der Kim-Trump-Gipfel hier konkreter werden als der von Kim und Moon?

Sechs amerikanische und sechs nordkoreanische Flaggen in trauter Eintracht, ein fester Händedruck, ein breites Lächeln – die Symbolik des ersten Gipfeltreffens des amerikanischen Präsidenten Donald Trump und des nordkoreanischen Führers Kim Jong-Un in Singapur am 12. Juni war unübertrefflich. Das Treffen sei „besser verlaufen als jeder erwarten könne“, „fantastisch“, er habe eine „großartige Beziehung“ zu Kim Jong-Un aufbauen können (in nur 45 Minuten des ersten Einzelgesprächs!) – Donald Trump schwärmte in höchsten Tönen. Und die nordkoreanischen Staatsmedien werden am Tag danach vom „Treffen des Jahrhunderts“ sprechen. Donald Trump verrät schon bald, man werde ein wichtiges Dokument unterzeichnen. Als dies dann veröffentlicht wird: Ratlosigkeit.

Das Gipfeltreffen von Trump und Kim wirkte ein bisschen wie ein Remake des zwei Monaten zuvor abgehaltenen Gipfels zwischen Südkoreas Präsident Moon Jae-In und Kim Jong-Un: Viel Symbolik, viele Gesten, aber keine klar erkennbaren Taten. Misst man den Gipfel an dem Abschlussdokument, so ist das Ergebnis enttäuschend. Positiv ist zwar, dass die Denuklearisierung ausdrücklich festgeschrieben wurde – glas-

Das Treffen zwischen Kim und Trump ist vom Ergebnis her ENTtäUSCHEND.

klare Signale für die Denuklearisierung Nordkoreas wie z.B. die Ausschiffung von Nuklearwaffen oder Raketen in Drittstaaten zur Verschrottung, wie sie im Fall Libyens zur Anwendung kamen, gibt es allerdings nicht. Zur Frage der Zulassung internationaler Inspektionen, des Wiedereintritts Nordkoreas in den Nichtverbreitungsvertrag, zum Zeitplan für die Denuklearisierung gibt es nichts. Glatte Fehlanzeige.

Als Donald Trump die Ergebnisse des Gipfels dann in einem Pressegespräch erläutert, wächst die Ratlosigkeit eher noch. Zwar erklärt er, Nordkorea habe sich bereit erklärt, das Testgelände für Raketenantriebe zu zerstören. Doch ist die Gefahr groß, dass es sich dabei lediglich um einen weiteren Propagandacoup handelt, wie es schon die Zerstörung des Atomtestgeländes war: zwar mit großem Knall, aber ohne irgendeine echte Verifizierung. Überhaupt, das Reizwort Verifizierung: Es kam in den Verhandlungen anscheinend nicht vor. Kein Wort zu einem möglichen Wiedereintritt Nordkoreas in den Nichtverbreitungsvertrag für Nuklearwaffen, kein Wort zu möglichen neuen Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde. Stattdessen erfolgt noch ein weiteres Geschenk an Nordkorea: Die „Kriegsspiele“, d.h. die jährlich wiederkehrenden Manöver mit Südkorea, seien zu teuer und zu provokativ, man werde auf sie demnächst verzichten. Nun gibt es wirklich gute Gründe, die Manöver in der Zukunft anders durchzuführen, leiser, weniger provokativ als in den letzten Jahren, wo sie Teil der Drohkulisse gegen Nordkorea waren. Aber die Erfüllung dieser langjährigen nordkoreanischen Forderung, offensichtlich ohne Abstimmung mit dem Militär (zumindest in Südkorea) und

der südkoreanischen Regierung, ist schon sehr überraschend. Man hätte sich da ein nordkoreanisches Gegengewicht, eine echte Konzession in Bezug auf die Denuklearisierung gewünscht.

Nun sollte man die zugegebenermaßen mächtigen Symbole und die Ankündigung „vieler weiterer Treffen“ durch Trump nicht einfach belächeln, denn das ist nämlich genau das, was viele Analysten immer gefordert haben: Denuklearisierung als langer, mühsamer Prozess. Wenn das jetzt von manchem als Niederlage Trumps gedeutet wird, ist das sehr heuchlerisch. Klar ist damit

DENUKLEARISIERUNG ist ein langer mühsamer Prozess, der jetzt in Angriff genommen werden muss.

aber auch, dass – wie schon beim Moon-Kim-Gipfel – zuviel Lob ebenso verfrüht wäre wie zuviel Tadel. Den Worten zur Denuklearisierung müssen jetzt Taten folgen! Für Nordkorea war dieses Gipfeltreffen ein gewaltiger Schritt aus der Isolation, die die Entwicklung des Nuklear- und Raketenprogramms mit sich gebracht hatte. Kim Jong-Un hat sich auf Augenhöhe mit Präsident Trump, dem mächtigsten Mann der Welt, getroffen. China und Russland haben bereits nach einer Lockerung der Sanktionen gerufen. An der chinesisch-nordkoreanischen Grenze gilt schon wieder fast „business as usual“. Südkorea bereitet in allen Ministerien größere Kooperationsprojekte mit Nordkorea

vor. Die einheitliche Sanktionsfront, die so viel Druck auf Nordkorea ausgeübt hat, dass es überhaupt erst zu Verhandlungen kam, ist also passé. Gegeben hat Nordkorea dafür bisher noch gar nichts als politische Symbolhandlungen und Worte.

China kann mit den Ergebnissen des Gipfeltreffens höchst zufrieden sein. Nichts konnte die Symbolik der chinesischen Rolle als Schutzmacht Nordkoreas deutlicher zeigen, als dass Kim Jong-Un mit einer chinesischen Präsidentenmaschine nach Singapur geflogen ist. Bei seinem Ausstieg aus dem Flugzeug prangte die chinesische Nationalflagge groß neben ihm, ein Bild, das übrigens selbst in den sonst sehr auf die Eigenständigkeit von „Juche“-Nordkorea bedachten nordkoreanischen Staatsmedien zu sehen war. Die Einstellung der Manöver von Südkorea und China, die Aussichten auf amerikanischen Truppenabbau in Südkorea und die wankenden Allianzen der USA, vor allem auch mit Japan, das konsterniert die letzten politischen Winkelzüge der USA verfolgt hat, sind allesamt hoherwünscht in China. In Südkorea hat Präsident Moon das Ergebnis enthusiastisch begrüßt, auch wenn er sich vielleicht konkretere Ergebnisse in Bezug auf die Denuklearisierung gewünscht hätte. Eigentlich war es ja so gedacht, dass Moon für das Stimmungshoch und die Détente zuständig sein sollte und die USA für die harte Abrüstungspolitik. Aber egal, kurz vor den wichtigen Lokal- und Regionalwahlen musste der Gipfel auch von Moon als Erfolg verkauft werden. Die Wahlen hat Moons Partei dann auch haushoch gewonnen. Und tatsächlich mag für Moon ja ein Versprechen Nordkoreas, mit der Denuklearisierung zu beginnen, genug sein.

Leider sind auch die ersten Wochen nach dem Gipfeltreffen von Trump und Kim, was die Denuklearisierung betrifft, eher ernüchternd verlaufen. Zwar gibt es vage Versprechungen und weitere Symbole, wie die Ankündigung, die sterblichen Überreste amerikanischer Soldaten aus dem Koreakrieg an die USA zu übergeben, doch Nachfolgeverhandlungen zu den Details des Nuklearrabkommens fehlen. In dieser Zeit schlug ein Bericht von NBC und Washington Post von Anfang Juli, dass Nordkorea viel mehr Nuklearsprengköpfe habe, als bisher zugegeben, und vermutlich auch weitere geheime Herstellungsstätten für Nuklearwaffen, wie eine Bombe ein. Wiederholt sich hier die Lage von 1993, 2005, 2007 und 2009?

Wie es gelingen kann

Die Taten, die den schönen Worten der beiden Gipfeltreffen folgen sollen, sind wesentlich komplizierter: Wird sich Nordkorea wirklich die schwer erkauften (im Sinne der internationalen Isolierung) Nuklearwaffen und das Raketenarsenal abverhandeln lassen? Was wird das nordkoreanische Militär, dessen Rolle ideologisch jetzt schwächer zu sein scheint als in den letzten 20 Jahren, dazu sagen? Investitionen und Frieden klingen gut, aber für Nordkorea liegt darin die Gefahr, dass weniger Kontrolle der Bevölkerung, wenn etwa mehr Informationen in das Land kommen durch Nord-Süd-Austausch, sehr gefährlich werden können. Wandel durch Annäherung? Wie dem auch sei, Südkorea muss die Chance, die das Gipfeltreffen bietet, nutzen. Und es hätte dabei die Möglichkeit, auch die eigenen Geister der Vergangenheit, etwa ein völlig veraltetes Sicherheitsgesetz, das z. B. den Zugang zu nordkoreanischen Internetseiten im Sü-

den blockiert, zu überwinden, ohne die Bereitschaft zur Verteidigung seiner Werte zu verlieren. Dafür muss man Südkorea alles Gute wünschen. Dann kann aus Panmunjeom, wie es der südkoreanische Präsident Moon bei der Vorstellung der Abschlussdeklaration sagte, vielleicht wirklich eine „Geburtsstätte des Weltfriedens“ werden.

Erste Gespräche über eine
ABRÜSTUNG der Nuklearmacht Nord-
korea sollen bald stattfinden.

Natürlich sollen die Gipfeltreffen erst der Anfang der Entspannungspolitik sein und die ersten konkreten Gespräche über die Denuklearisierung sollen schon bald folgen. Höchstwahrscheinlich wird die Formel, die dann für konkrete Schritte getroffen wird, nahe bei dem Vorschlag des „freeze for freeze“ (Einfrieren der Nuklear- und Raketenentwicklung und möglicherweise ein teilweiser Abbau von Kapazitäten gegen ein Einfrieren von Militärmanövern und möglicherweise Aufhebung der Sanktionen) sein, den Russland und China schon seit geraumer Zeit als Lösung vorgebracht haben. Ob dann am Ende wirklich eine vollständige, verifizierbare und unumkehrbare Abrüstung der Nuklearmacht Nordkoreas steht, ist fraglich.

Allerdings muss man auch berücksichtigen, dass die unbeabsichtigten Konsequenzen der Friedenspolitik und Öffnungspolitik für Nordkorea viel-

leicht zu einem bisher wenig berücksichtigten und unkalkulierbarem Risiko werden – aber zu einer Chance für die internationale Gemeinschaft. Denn die soziale Kontrolle des Landes beruht bisher nicht wenig auf dem Kriegszustand, in dem sich das Land nicht nur rhetorisch befindet wie der Nachbar Südkorea, sondern der auch immer wieder der Bevölkerung neue Leistungen und Kontrollen abverlangt. Mehr Information über das Ausland, mehr Zugang zu Waren und Menschen aus anderen Ländern, sei es durch Modernisierung und ausländische Investitionen im Land oder durch mehr Reisen ins Ausland oder mehr Berichterstattung, könnte eine rasche Dynamik entfalten, wie sie das letztlich auch in Mittel- und Osteuropa getan hat, wo sie zu Frieden, Öffnung und Demokratisierung geführt hat.

Dazu muss erst einmal die Agenda sich von der Denuklearisierung alleine auf weitere Bereiche, nämlich wirtschaftliche Kooperation und auch Menschenrechte – auch das gehört dazu! – ausweiten, so wie es im KSZE-Prozess in Europa die drei Körbe gemacht haben; nicht als Drohung oder einseitige Schuldzuweisung, aber als stets in Konjunktion vorgebrachte Themen. Hier ist insbesondere Südkorea viel mehr Rückgrat zu wünschen. Wenn die „Moonshine Politik“ (in Anlehnung an Präsident Moon so genannt) mehr Erfolg haben will als die Sonnenscheinpolitik, dann dürfen schwierige Themen nicht ausgeklammert werden. Bisher hat Präsident Moon dies vor allem im Hinblick auf die Sanktionen sehr gut hinbekommen. Doch in den letzten Wochen scheint in Verlautbarungen seiner Regierung das bisherige Junktim – Aufhebung von Sanktionen und Kooperation

nur bei Denuklearisierung – schon weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein.

Und hier ist auch eine nicht zu unterschätzende Aufgabe für Deutschland und die Europäische Union vorhanden. Als im Wahlkampf im Jahr 2017 das Thema Nordkorea durch die ständigen Raketentests und die Aggressivität Nordkoreas plötzlich wichtig wurde, verkündeten sowohl Bundeskanzlerin Merkel als auch der damalige Außenminister Sigmar Gabriel, man sei bereit, in Nordkorea eine Vermittlerrolle einzunehmen. In früheren Zeiten war dies immer abgelehnt worden – Deutschland, ein Land ohne unmittelbare eigene Interessen auf der koreanischen Halbinsel, ohne koloniale Vergangenheit dort, war eher (wie die gesamte Europäische Union) zu einer unterstützenden Rolle für die Hauptakteure, die sechs Parteien der Sechs-Parteien-Gespräche, bereit. Allerdings hat Deutschland im Rahmen dieser Rolle durchaus eine wichtige Funktion gehabt, etwa mehrfach als Ort von Gesprächen der USA mit Nordkorea.

Wo gibt es Ansatzpunkte für eine mögliche Neugestaltung der deutschen

Deutschland ist bereit, eine **VERMITTLERROLLE** in Nordkorea einzunehmen.

Beziehungen zu Nordkorea? Wenn man Nordkorea stärker in die internationale Gemeinschaft eingliedern möchte, bieten sich die Wiederaufnahme politischer Dialoge auch unterhalb der Regierungsebene durch Deutschland an, das Angebot von Stipendienprogrammen für Nordkorea, auch die Durchführung von Praktikumsprogrammen in Deutschland oder in Drittstaaten. Diese könnten auf EU-Ebene und Regierungsebene durch Wiederaufnahme des politischen Dialogs auf Regierungsebene ergänzt werden; dabei kann der Menschenrechtsdialog, der ja Deutschland und der EU sehr wichtig ist, durchaus Teil des Gesamtpakets sein. Nordkorea war ja schon mehrfach bereit, dement-

DIE PROJEKTE DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG IN NORDKOREA

Die Hanns-Seidel-Stiftung ist seit 1987 in Südkorea mit einem Programm zur ländlichen Entwicklung, kommunalen Selbstverwaltung und friedlichen Aussöhnung auf der koreanischen Halbinsel vertreten. Seit 2003 werden auch regelmäßig Projekte in Nordkorea durchgeführt, u.a. zwei EU-finanzierte Projekte von 2006-2009 zur Handelsintegration Nordkoreas und 2014-2017 zur nachhaltigen Forstwirtschaft. Besonderes Augenmerk legte die HSS in Nordkorea auf die Eingliederung Nordkoreas ins internationale Verträge und Vereinbarungen im Klima- und Umweltbereich. Von 2010 bis 2014 unterstützte die HSS erfolgreich die Anmeldung von nordkoreanischen Projekten im Rahmen des Clean Development Mechanism beim UNFCCC. Seit 2015 arbeitet die HSS an der Einbeziehung Nordkoreas in internationale Naturschutzabkommen. 2018 konnte Nordkorea aufgrund der Unterstützung der HSS u.a. 170. Mitglied der Ramsar-Konvention zum Schutz von Feuchtgebieten werden.

sprechend zu verfahren und die Menschenrechtsbeauftragten der EU und Deutschlands zu empfangen. Schließlich sollte dieser Dialog auch eine festere Position deutscher Akteure in Nordkorea zum Ziel haben sowie eine unabhängigere Position von politischen Stiftungen und anderer Akteure. Deutschland hat mit einem Netzwerk an politischen Stiftungen, weitverzweigten Wirtschaftsinteressen in Ostasien, kulturellen und humanitären Mittlerorganisationen und mit sehr guten Beziehungen zu den meisten Ländern der Region im Vergleich der EU-Staaten sehr gute Voraussetzungen, diese Aufgabe anzupacken. So gilt auch hier, wie für den ganzen Gipfel: Den Worten müssen Taten folgen! ///

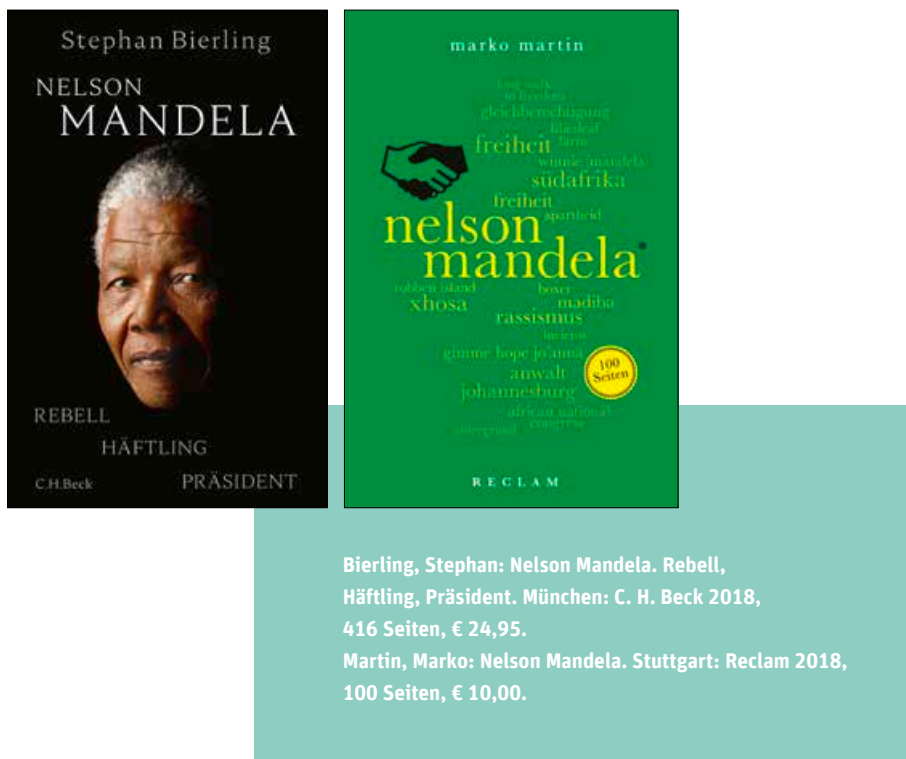


/// DR. BERNHARD SELIGER

ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Korea, Seoul.

Anmerkung

* Der Name rührt von einer Fabel von Äsop her: Die Sonne und der Nordwind wollen wissen, wer stärker ist. Während der Nordwind nur erreicht, dass ein Wanderer sich immer stärker in seinen Mantel einwickelt, führen die Strahlen der Sonne dazu, dass der Wanderer den Mantel schließlich ablegt. Die Sonne hat größere Kraft als die Kälte und die Sonnenscheinpolitik soll mehr bewirken als ein kalter Krieg.



Bierling, Stephan: Nelson Mandela. Rebell, Häftling, Präsident. München: C. H. Beck 2018, 416 Seiten, € 24,95.

Martin, Marko: Nelson Mandela. Stuttgart: Reclam 2018, 100 Seiten, € 10,00.

/// „Ich bin bereit zu sterben“

WER WAR NELSON MANDELA?

„Mein Leben lang habe ich mich diesem Kampf des afrikanischen Volkes gewidmet. Ich habe gegen weiße Vorherrschaft gekämpft, und ich habe gegen schwarze Vorherrschaft gekämpft. Mein höchstes Ideal ist eine freie und demokratische Gesellschaft, in der alle in Harmonie mit gleichen Chancen leben können. Ich hoffe, lange genug zu leben, um dies zu erreichen. Aber Mylord, wenn nötig, ist dies ein Ideal, für das ich zu sterben bereit bin.“ (zit. n. Bierling, S. 169) Diese Sätze sprach Nelson Mande-

la im Rivonia-Prozess am 20. April 1964, der seinen internationalen Kultstatus begründete und ihn 27 Jahre hinter Gitter brachte, 18 davon auf der Gefängnisinsel Robben Island. Am 18. Juli 2018 wäre Mandela 100 Jahre alt geworden. Schon während seiner Gefangenschaft stilisierte man ihn zur Ikone des 20. Jahrhunderts, oft wurde er mythisch überhöht und hagiographisch bedacht. Anders die beiden hier vorgestellten Biographien von Stephan Bierling und Marko Martins: Beide zeichnen ein realisti-

sches, abwägendes Bild. Sie würdigen Mandelas Streben nach Freiheit und Demokratie in Südafrika und seine Erfolge, ohne seine Schwächen und Unterlassungen zu leugnen.

Bierling, Professor für internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg, seziert mit „Mandela. Rebell, Häftling, Präsident“ präzise das Leben Mandelas und bettet es kongenial in die Verlaufsgeschichte Südafrikas im 20. Jahrhundert ein. Dabei greift er auf exklusiv geführte Zeitzeugeninterviews wie mit Joel Joffe, dem Organisator des Verteidigerteams im Rivonia-Prozess, zurück. Zudem wertet er das Originalmanuskript von Mandelas Autobiographie und weitere bislang zum Teil unerschlossene Quellen aus. Dies führt zu dem Kuriosum, dass das aktuelle Standardwerk zu Nelson Mandelas Leben in deutscher, und nicht – wie gewöhnlich bei Publikationen zu Südafrika und Mandela – in englischer Sprache vorliegt. Martin, Schriftsteller und Publizist und ebenso wie Bierling aus den Meinungsseiten der Neuen Zürcher Zeitung bekannt, schreibt für den Reclam-Verlag einen lockeren, auch von persönlichen Erfahrungen in Südafrika getragenen Essay, der sich streckenweise, gerade bei Wertungen und Urteilen, wie ein Summary Bierlings liest. Dies macht sein Buch keinesfalls schlechter, gleichwohl erfährt man bei ihm im Gegensatz zu Bierling nicht viel Neues. Fast ebenso diszipliniert wie Bierling hält er sich mit nicht belegbaren Deutungen und Spekulationen zu Mandela wohltuend zurück. So gelingt es beiden Autoren, ein authentisches Bild Mandelas zu zeichnen.

Mandela, der von seinen Anhängern oft mit seinem Clannamen Madiba ge-

rufen wurde, kam als talentierter junger Mann aus einer adeligen Familie in der Transkei nach Johannesburg und wirkte dort als Anwalt und Freiheitskämpfer. 1944 trat er dem African National Congress (ANC) bei. Um die Abschaffung der Apartheid zu erreichen, zeigte sich Mandela bisweilen kompromisslos, „heißblütig und gewaltbereit“. (Bierling, S. 11.) Das Massaker von Sharpeville 1960, dem 69 Schwarze zum Opfer fielen, überzeugte ihn und seine Mitstreiter, dass die bisherige gewaltlose Strategie des ANC zur Beendigung der Apartheid stumpf war. Bald stand er dem Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), dem militanten Flügel des ANC, vor. Sein Gang in den Untergrund sowie die Planung und Durchführung von Anschlüssen brachte Mandela hinter Gitter, zumal im Versteck der Freiheitskämpfer auf der Liliesleaf-Farm detaillierte Anschlagpläne gefunden wurden. Der Tipp, der zur Gefangennahme Mandelas geführt hatte, war von der CIA gekommen – in Zeiten des Kalten Kriegs wollten die USA verhindern, dass Südafrika destabilisiert würde.

Die Haftbedingungen auf Robben Island waren gerade in den Anfangsjahren erbärmlich, Mandelas Zelle maß 2,45 mal 2,15 Meter und harte Arbeit im Steinbruch schädigte Mandelas Augen unheilbar. Doch Mandela gab nicht auf, wurde gemäßiger und entwickelte in Gefangenschaft ein staatsmännisches Auftreten. In den 1980er-Jahren erwies sich die Apartheid als Südafrikas Staatsraison als immer schwieriger beizubehalten. Inzwischen hatte sich Mandela längst zum Chiffre gegen die Apartheid entwickelt. Präsident Pieter Willem Botha erkannte dies, war aber nicht gewillt, Mandela bedingungslos freizulassen. Erst sein Nachfolger Fre-

derik Willem de Klerk begnadigte ihn und hob das ANC-Verbot auf. Als der charismatische Mandela am 11. Februar 1990 freikam, war er „zu einer besonnenen, abgeklärten Führungspersönlichkeit gereift“ (Bierling, S. 11), die allerdings viele Südafrikaner noch nie gesehen hatten, denn er durfte nichts veröffentlichen und Bilder von ihm waren verboten. Bei den ersten freien Wahlen im April 1994 erreichte der ANC unter Mandelas Führung nahezu eine Zweidrittelmehrheit, Mandela wurde Präsident. 1999 trat er, inzwischen 81-jährig, nicht mehr zur Wiederwahl an. Seine wichtigste Leistung war, Vorhersagen über unausweichliche rassische und ethnische Konflikte zu widerlegen, einen Bürgerkrieg zu verhindern und die Demokratie in Südafrika zu konsolidieren. Längst hatte er sich als „moralische Instanz“ (Bierling, S. 352) und „Gewissen der Nation“ (Bierling, S. 358) etabliert.

Trotz allem blieb Mandela ein Mann, der selbst für die engste Familie und Freunde undurchsichtig war. Hart zu sich selbst und distanziert gegenüber seinen Nächsten, kompromisslos gegenüber dem politischen Gegner, nachgiebig gegenüber seiner zweiten Frau Winnie, inkonsequent in seinem politischen Handeln als Präsident. Seinem großen Ziel einer gerechten Regenbogennation Südafrika ordnete er seine persönliche Freiheit unter. Seine Mission war eine freie und demokratische südafrikanische Gesellschaft. Wenn nötig, paktierte er dafür mit Gaddafi und Castro und propagierte kommunistische Dogmen. Am Ende erwies er sich aber als zielorientierter Pragmatiker. Mandela hatte viele Gesichter: „[Stolzer] Häuptlingssohn, eifriger Missionsschüler, feuriger schwarzer Nationalist, schwieriger Ehe-

mann, prinzipienfester Anwalt, opportunistischer Marxist, einflussreiches Mitglied des Führungszirkels des ANC und der Kommunistischen Partei Südafrikas, gewaltbereiter Widerstandskämpfer, disziplinierter Häftling, Menschensfinder, geschickter Verhandler, loyaler Parteipolitiker, Versöhner der Nation, gefeierter Weltstaatsmann, Freund von Präsidenten, Diktatoren, Superreichen und Showstars, rastloser Ruheständler, verehrter Elder Statesman, distanzierter Vater, missbrauchte Symbolfigur.“ (Bierling, S. 14) Besser kann man Nelson Mandela nicht beschreiben.

MANFRED GROSS M.A.,
REFERENT DER VIZEPRÄSIDENTIN AN DER
HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTES
MANAGEMENT (HAM), ISMANING

Sinn, Hans-Werner: Auf der
Suche nach der Wahrheit.
Autobiografie.
Freiburg: Herder 2018,
672 Seiten, € 28,00.



Sinns Biografie entwickelte sich zielstrebig und gradlinig. Als Sohn eines LKW-Fahrers und späteren kleinen Taxi-Unternehmers wuchs der heute 70-Jährige als Einzelkind im ländlichen Westfalen auf. Die Eltern hatten nicht viel Zeit für ihren hochbegabten Sohn, so wuchs er bei den sozialdemokratisch gesonnenen Handwerker-Großeltern recht behütet auf, wurde von seinen Lehrern an Volksschule und Gymnasium früh gefördert, unternahm erste Auslandsreisen mit der Jugendorganisation der SPD, den Falken, und begann so im Revoluzzerjahr 1967 als linker, gelegentlich demonstrierender VWL-Student in Bielefeld. Doch schon vor seinem Diplom ist er der Parteipolitik entfremdet und danach als junger Assistent eher an unabhängigen Wahrheiten und wirtschaftspolitischen Einsichten interessiert und fasziniert. Von den eher institutionenökonomisch orientierten Bielefelder Finanzwissenschaftlern, die sich den Staatsausgaben widmeten, wechselt er zu den ökonomisch ausgerichteten Mannheimern, wo er nach einem produktiven Jahr als Assistenzprofessor im kanadischen Ontario Hochschulassistent wird und preisgekrönt habilitiert im Alter von 35 Jahren seine C 2 Professur erhält. Zwi-

schenzeitlich hatte er eine Kommilitonin geheiratet, mit ihr Abenteuerreisen durch den Maghreb und Japan erlebt und drei Kinder gezeugt. Nach dem Wechsel zur LMU nach München setzt sich die Laufbahn eines international immer besser verbundenen und emsig reisenden Ökonomeprofessors mit einem enorm produktiven Publikationsprogramm in wechselnden akademischen Interessenbereichen munter fort. So weit, so gut und so erfreulich.

Doch rechtzeitig mit der Wiedervereinigung wird Sinn in den wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums berufen und fühlt sich im Lichte der drängenden Probleme verpflichtet, die bisher üblichen und ausfüllenden „Glasperlenspiele“ der ökonomischen Kunst-Modellbauer zu verlassen und übernimmt zusätzlich die Politikberatung. Als er den wegen der Produktivitätsunterschiede unangemessenen Austauschkurs DM-West zur DM-Ost, die überhöhten Lohnabschlüsse im Osten und die Übertragung der LPGs an westliche Kapitalgesellschaften anstelle ihrer früheren bäuerlichen Besitzer kritisiert, die der mitteldeutschen Industrie und vormals vielfältigen Landwirtschaft den Garaus machen und Millionen Arbeitslose produzieren, merkt er, wie beratungsresistent die Berliner Politik ist. Deshalb geht er zusätzlich publizistisch an die Öffentlichkeit, um in Büchern, Interviews und Aufsätzen auf wirtschaftspolitischen Reformbedarf hinzuweisen und vor drohenden Fehlentscheidungen zu warnen. Daran herrschte seither leider kein Mangel. Mit Schröders Hartz-IV-Reformen gelang es, die Anreize für die Arbeitslosigkeit und die Frühpensionierungen so zu reduzieren, dass Deutschland als damaligem „kranken Mann Europas“ Anfang der 2000er-

Jahre wieder ein Beschäftigungswunder erlebte. Mittlerweile sind zu Sinns Kummer durch den gesetzlichen Mindestlohn, der Niedriglohnplätze vernichtet und die Verringerung des Rentenalters viele der nötigen Reformen wieder aufgeweicht und unwirksam geworden. Auch Merkels Energiewende mit dem Ausstieg aus Atom- und Kohleenergie findet bei ihm nachvollziehbar keine Gnade.

Durch die marktwidrige Subventionierung der wenig verlässlichen Solar- und Windenergie wurde die Energieversorgung Deutschlands sträflich gefährdet und verteuert. In der Fehlkonstruktion des Euro deckte er in akribischer buchhalterischer Detektivarbeit die Problematik der „Targetsalden“ auf, durch die bilaterale Zahlungsbilanzdefizite unter den Euro-Staaten nicht mehr beglichen werden, sondern nur noch als wertlose, meist verschleierte Bilanzposten in den Zentralbanken aufscheinen: ständig wachsende Milliardensummen, die weder verzinst noch beglichen werden müssen. Deutschlands Exportüberschüsse in die Eurozone werden damit schlicht auf Kosten der Bundesbank (und des Steuerzahlers) ohne Gegenwert verschenkt. Damit nicht genug: die Nullzinspolitik der EZB und ihr hemmungsloser Ankauf von minderwertigen Staats- und Industrieanleihen aus den südlichen Schuldnerländern bricht nicht nur EU Recht, sie beraubt den deutschen Sparer und – einschließlich der nur auf die lange Bank geschobenen Haftungsrisiken für Griechenland – den deutschen Steuerzahler und seine Erben. Das Ergebnis sind massive Transfers in den sonnigen Süden Europas, wo wie Sinn dokumentiert, das durchschnittliche Familienvermögen dank dem weitverbreiteten Besitz von Eigen-

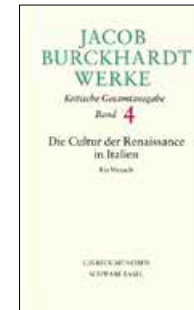
heimen meist mehr als doppelt so groß ist als im vorgeblich „reichen“ Deutschland, das in Mietwohnungen zinslos brav spart und überhohe Steuern zahlt. Schließlich ist da die Grenzöffnung von 2015, bei der Merkel ohne Not ein Millionenheer unterqualifizierter Illegaler ohne Kontrollen einwandern ließ und damit die Briten so erschreckte, dass sie im „schwarzen Juni“ 2016 knapp für den Brexit stimmten. Damit verschieben sich nicht nur wie bisher im EZB-Rat, sondern auch in der EU insgesamt die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der ausgabenfreudigen protektionistischen Südländer, die trotz (oder wegen) all jener Transfers es nicht schaffen, ihre verlorene industrielle Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Schließlich thematisiert Sinn die Unterdeckung des deutschen Rentensystems, das ab 2030 die kinderarmen „Baby Boomer“ hart und unerwartet treffen wird.

Wer soviel berechtigte Kritik an der Berliner Politik publikumswirksam und fundiert austellt, macht sich damit nicht nur Freunde. Obwohl er seine Kritik immer politisch korrekt mit Bekenntnissen zur Internationalität und zu Europa unterfüttert, wurde Sinn doch immer wieder zum Opfer von Kampagnen, die ihm vom herzlosen Neoliberalismus bis zum Anti-Semitismus alles Mögliche haltlos unterstellten und ihn medial als „von Sinnen“ oder „Unsinn“ denunzierten. Dabei half ihm seine unstreitige wissenschaftliche Reputation, sein weites intensiv gepflegtes Beziehungsnetzwerk von internationalen Ökonomen und nicht zuletzt die geistigen und publizistischen Ressourcen des von ihm – auch mit Hilfe der bayrischen Staatsregierung – wiederbelebten führenden Ifo-Instituts und seine Vernetzung mit Wirtschaft und Wissenschaft, der denunzia-

torischen Kritik und den öffentlichen Pöbeleien zu widerstehen.

Diese spannenden Erfahrungen und Einsichten hat Sinn einmal mehr sehr voluminös ausgebreitet. Zwar mag man kritisch anmerken, dass dabei Wiederholungen sicher oft unvermeidbar waren, oft auch die Zeitebenen unvermittelt wechseln, manche Passagen wie diktiert wirken und gar manches Detail seiner exotischen Reiserfahrungen, kulinarischen Neigungen oder akademischen Konferenzen, ihre Vereinsmeierei und weitschweifigen Debatten nicht unbedingt jeden Leser faszinieren werden, so bleibt doch in Summe eine bis zur letzten Seite lohnende und sehr aufschlussreiche Lektüre.

DR. ALBRECHT ROTHACHER
EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST,
BRÜSSEL



Burckhardt, Jacob: Die Cultur der Renaissance in Italien (= Kritische Gesamtausgabe, Band 4). München: C. H. Beck 2018, 724 Seiten, € 148,00.

Nach dem hundertsten Todestag des großen Schweizer Historikers und Kultur-Analytikers Jacob Burckhardt (1897) ging ein Team von Philologen daran, dessen Werke in einer Gesamtausgabe zusammenzufassen, die wissenschaftlichen Ansprüchen endlich gerecht wird, mit textkritischen Anmerkungen, Textvarianten und einem Sachkommentar. Es sind insgesamt 28 Bände vorgesehen, von denen hier Nr.4, „Die Cultur der Renaissance in Italien“, präsentiert wird.

Das 1860 zum ersten Mal erschienene Werk ist epochal geworden für das seitdem gängige Verständnis jener Zeit: Ein durch die Wiedererweckung antiker Traditionen gekennzeichneten Übergang vom religions- und korporationsgebundenen Mittelalter in die säkularisierte Neuzeit, in der das Individuum seine einst gesetzten Schranken überwindet.

Der Autor beginnt seine Darstellung mit dem „Staat als Kunstwerk“, will sagen, „als berechnete, als bewusste Schöpfung“, ohne traditionsbeladenes und leistungshemmendes Adelswesen. Dabei wird an schauerlichen Einzelheiten nicht gespart, „[...] oft genug die fessellose Selbstsucht in ihren furchtbaren Zügen, jedes Recht verhöhnend,

jede gesunde Bildung im Keim ersticken“. Überhaupt besteht Burckhardts literarische Qualität unter anderem darin, dass er schonungslosen Realismus übt und seine interpretatorischen Aussagen mit plastischen Beispielen ausgiebig anreichert. Die italienischen Staatswesen des 14. und 15. Jahrhunderts gelten nicht zu Unrecht als Exerzierplätze von Mord, Gift, Verrat und jeglicher Form von Laster. Das Wirken von Rodrigo Borgia, Papstnamen Alexander VI. (1492-1503), und dessen Sohn Cesare werden denn auch ausführlicher abgehandelt.

Aber Burckhardt geht es bei all dem um das Aufzeigen eines Prinzips: „In der Beschaffenheit dieser Staaten, Republiken wie Tyrannien liegt nun zwar nicht der einzige, aber der mächtigste Grund der frühzeitigen Ausbildung des Italiens zum modernen Menschen. Dass er der Erstgeborene unter den Söhnen des jetzigen Europas werden musste, hängt an diesem Punkt.“ Dabei gehen Objektivität den Phänomenen der Welt gegenüber und die Ausformung der Subjektivität des Individuums Hand in Hand. Man denke hier nicht nur an die Tyrannen und Condottieri, sondern auch an die Künstler verschiedenster Disziplinen. Bemerkenswert, ja vorbildlich ist in allen Darlegungen und auch Urteilen Burckhardts der nüchterne Ton, der auf der Überzeugung beruht, dass alles generelle Moralisieren sehr unsichere Grundlagen hat. Deshalb sollte man aus den gehäuften Verbrechen der italienischen Renaissance-Machthaber nichts über den italienischen „Nationalcharakter“ folgern. Und dies auch, weil die Überlieferungen, die man heranziehen kann, sich ganz überwiegend nur auf die „höheren Stände“ beziehen. „Abendländische Völker können einan-

der misshandeln, aber glücklicherweise nicht richten.“

Im Übrigen scheut der Verfasser nicht vor der Konsequenz zurück, die zu beobachtende Unmoral aller Spielarten als die Schattenseite der großen Errungenschaft der Renaissance zu diagnostizieren, der Emanzipation des Individuums. Jedoch entwickelt sich „neben tiefer Verworfenheit die edelste Harmonie des Persönlichen und eine glorreiche Kunst, welche das individuelle Leben verherrlichte, wie weder Altertum noch Mittelalter dies wollten oder konnten“.

Es werden auch Spekulationen darüber angestellt, wie es damals um die eheliche Moral in Italien bestellt gewesen sei, mit den naheliegenden Themen des Ehrgefühls und der Rachsucht. Das liest sich gut, informiert aber zu wenig, weil es zu allgemein-menschlich ist, um über den Begriff Renaissance nähere Aufklärung zu bringen. Ansonsten aber zieht eine mit lakonischer Präzision in den Blick genommene Reihe illustrier Persönlichkeiten am Leser vorbei, und wenn sie die Bedeutung eines Dante, Petrarca oder Boccaccio haben, dann unter verschiedener Thematik auch mehrmals.

Da der Autor unter Kultur mehr oder weniger alle menschlichen Lebensäußerungen subsumiert, also keinen elitären Ansatz pflegt, muss er als umfassender Polyhistor auftreten. Noch viel umfangreicher, in imponierender Zusammenschau, hat er in seiner „Griechischen Culturgeschichte“ gearbeitet, die in dieser Editionsreihe ebenfalls schon vorliegt. Eine solche „Summa“ würde kein zeitgenössischer Wissenschaftler mehr wagen. Aber sie behält ihren inhaltlichen und auch ihren literarischen Wert, hoffentlich nicht nur für ernsthaft bildungsbeflissene Italien-

reisende, zusammen mit Burckhardts „Cicerone – Eine Anleitung zum Genuss der Kunstwerke Italiens“, und seiner zweibändigen „Kunst der Renaissance“. Beide sind im Rahmen der eingangs erwähnten „Kritischen Gesamtausgabe“ bereits erschienen.

BERND RILL,
MÜNCHEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT
Nr. 3/2018: Flächenverbrauch in Bayern

ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHEN
Nr. 109: Bei bester Gesundheit? Deutschlands E-Health im Check-up – Zukunftsplattform Bayern: Digitales Gesundheitswesen 2020



Mathilde Berghofer-Weichner 1931-2008
– Eine starke Frau in der Politik



Was ist konservativ?
Ein Plädoyer für Maß und Mitte

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 481 „Iran und die transatlantischen Beziehungen“
mit Beiträgen von Andreas Bock, Heinz Gärtner und Reinhard Meier-Walser

Herausgeber:

© 2018, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
pfpgroup / Fotolia.com

